

Working Paper 5/2015

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

Ulrich Brand

Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?

ISSN 2194-136X

Ulrich Brand: Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 5/2015, Jena 2015.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-
ForscherInnengruppe –
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

Christine.schickert@uni-jena.de

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kollegsgruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Ulrich Brand

Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?

Zusammenfassung

In Europa und Lateinamerika gibt es zwei Diskussionsstränge, in denen aktuell und prominent Kritiken an vorherrschenden Entwicklungen wie auch Alternativen verdichtet werden und die künftig orientierend wirken könnten. Die Diskussion um *Degrowth* in Süd- und Westeuropa und jene um *Post-Extraktivismus* in Lateinamerika. Erstaunlicherweise werden bislang die beiden Perspektiven kaum aufeinander bezogen. Doch, so die Annahme des vorliegenden Working Papers, die Realisierungschancen einer Degrowth-Perspektive und Alternativen zum Ressourcen-Extraktivismus werden ganz entscheidend davon abhängen, auch die *internationalen* politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse zu verändern. In dem Text werden die unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Kontexte in beiden Regionen skizziert, dann die Kernelemente von Degrowth und Post-Extraktivismus in notwendig knapper Form vorgestellt und daran anschließend die beiden Perspektiven miteinander „ins Gespräch“ gebracht. Damit sollen die jeweiligen Stärken und Schwächen erhellt und weitere Diskussionen wie auch Präzisierungen angeregt werden. Der letzte Abschnitt formuliert offene Fragen an beide Diskussionsstränge.

Abstract

There are at the moment two lines of discussion in Europe and Latin America in which current and prominent critiques of the dominant developments and alternatives are condensed and which could come to function as future orientation: the discussion on *degrowth* in Southern and Western Europe and the one on post-extractivism in Latin America. Surprisingly, the two perspectives are hardly ever related with one another. But the chances of realizing a degrowth perspective as well as alternatives to extractivism will very much depend on changing *international* political, socio-economic and cultural conditions. The text outlines the different contemporary historical contexts in both regions, briefly introduces the main elements of degrowth and post-extractivism and intends to make both perspectives resonant with each other. This way, the paper wants to highlight the strengths and weaknesses of each perspective and to enable further discussion and precisions. The last part formulates open questions for both lines of discussion.

Address of the Author

Prof. Dr. Ulrich Brand

Universität Wien
Universitätsstr. 7
1010 Wien

Email: ulrich.brand@univie.ac.at

Inhalt

1.	Einleitung und Problemstellung	1
2.	Darstellung der jeweiligen historischen Kontexte	3
2.1.	Lateinamerika: Neo-Extraktivismus als dynamisches und instabiles Entwicklungsmodell	4
2.2.	Europa: Krisen- und Austeritätspolitik, Persistenz der imperialen Lebensweise	7
3.	Kernelemente der Degrowth-Perspektive	12
	Exkurs: Degrowth als Perspektive im globalen Süden?	19
4.	Post-Extraktivismus als neuer Begriff und Bedingung für Gutes Leben	22
5.	Gemeinsamkeiten	27
6.	Gegenseitige Anregungen	28
6.1.	Post-Extraktivismus an Degrowth	29
6.2.	Degrowth an Post-Extraktivismus	30
7.	Ausblick und offene Fragen	31
8.	Literatur	35

1. Einleitung und Problemstellung¹

Die Diskussion um Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus hat sich, insbesondere in Europa, seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise intensiviert. In Lateinamerika ist das schon länger der Fall, nämlich seit Beginn der Jahrhundertwende. Während auf dem „Alten Kontinent“ Austeritätspolitiken dominieren, haben sich im Süden des „Neuen Kontinents“ in vielen Ländern linke und links-liberale Regierungen etabliert. Die von ihnen vorangetriebenen, als „neo-extraktivistisch“ bezeichneten Entwicklungsmodelle sind nicht frei von Widersprüchen und generieren Kritik.

In beiden Teilen der Welt gibt es weiterhin Anlass, grundlegende Alternativen zu entwickeln bzw. voranzutreiben. Zwei Diskussionsstränge hier wie dort sind besonders vielversprechend, wenn es um alternative Perspektiven und Praktiken geht: Der um *Degrowth* (übersetzt als Postwachstum, Wachstumsrücknahme, Entwachsen, Wachstumswende) in Süd- und Westeuropa einerseits und jener um *Post-Extraktivismus* in Lateinamerika. Letztere bezieht sich kritisch auf das aktuell vorherrschende Entwicklungsmodell in Lateinamerika, das mitunter als „Neo-Extraktivismus“ bezeichnet wird.

Bislang werden die Perspektiven und damit verbundenen Erfahrungen und Strategien kaum aufeinander bezogen (erste Überlegungen in Aufsätzen in Endara 2014). Das ist erstaunlich. Denn die Realisierungschancen einer Degrowth-Perspektive und Alternativen zum Ressourcen-Extraktivismus werden ganz entscheidend davon abhängen, auch die *internationalen* politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse zu verändern. Die Aufrechterhaltung einer im Norden weitgehend durchgesetzten und sich in vielen Ländern des Globalen Südens ausweitenden „imperialen Produktions- und Lebensweise“ samt der damit verbundenen macht- und herrschaftspolitischen, sozialstrukturellen und weltmarktvermittelten Implikationen ist ein zentrales Hindernis für jegliche Alternativen.²

Diese Annahme bildet den Ausgangspunkt für das vorliegende Working Paper.

Den Kontext der Debatten spielen, wie zu Beginn angedeutet, insbesondere in Europa Suchprozesse, um die multiple Krise zu überwinden (zum Begriff der multiplen oder Vielfachkrise vgl. Demirovic et al. 2011, Brand 2009; zur ökologisch-ökonomischen Doppelkrise Dörre 2014). Dazu bedarf es, diese Feststellung ist inzwischen weit diesseits der Debatten um Degrowth durchaus in der Gesellschaft angekommen, einer Großen oder sozial-ökologischen Transformation (NEF 2010, O’Brien 2012, Brand

¹ Dieses Working Paper ist Resultat der Diskussionen im Kontext der Leipziger Degrowth-Konferenz und daran anschließend im Rahmen meines Fellowships am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften in Jena sowie den gemeinsamen Arbeiten mit Kristina Dietz und Markus Wissen. Für Anmerkungen zu einer früheren Version danke ich Klaus Dörre, Dennis Eversberg, Michael Hofmann, Steffen Liebig, Christine Schickert und Johanna Sittel vom Jenaer Postwachstums-Kolleg. Abschnitt 3 „Kernelemente der Degrowth-Perspektive“ hat sehr von den Diskussionen im Rahmen zweier Workshops (Oktober 2013 und Oktober 2014) an der Universität Jena und im Rahmen meines Fellowship am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften profitiert. Auch den Teilnehmenden an den Workshops sei an dieser Stelle ganz herzlich für wichtige Anregungen gedankt; und schließlich Elisabeth Franzmann und Jonas Peters für Unterstützung beim Editieren des Textes.

² Auf der Leipziger Degrowth-Konferenz im September 2014 wurde versucht, diese Perspektiven stärker aufeinander zu beziehen. Es fanden explizit zum Thema statt: Eine Plenarsitzung zu Nord-Süd-Fragen mit Fokus Postwachstum, zwei Workshops und eine Buchpräsentation. Darüber hinaus wurde das Thema in anderen Workshops aufgegriffen.

2015a, 2016, Brand/Brunnengräber et al. 2013, Brie 2014). Auseinandersetzungen gibt es darum, was die Ansatzpunkte solcher Veränderungen sind und wie „tief“ in das bestehende Gesellschaftsgefüge eingegriffen werden soll (Brand 2015a).

Dazu einleitend zwei Bemerkungen.

In Teilen der Transformationsdebatte geht es in normativ-strategischer Absicht darum, dass gesellschaftliche Transformation aus der multiplen Krise heraus stattfindet (vgl. etwa WBGU 2011, Müller/Strasser 2013, Enquete-Kommission 2013: 484, Welzer/Sommer 2014, Kap. 1, 6). Den gegenwärtigen Gesellschaften wird vor dem Hintergrund jüngerer Krisenpolitiken diagnostiziert, dass sie unfähig seien, mit den aktuellen Krisen und vor allem mit der ökologischen Krise angemessen umzugehen. Das ist richtig. Doch aus kritischer Perspektive gilt es zudem festzuhalten, dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften sich aufgrund von immanenten Dynamiken wie Konkurrenz und Expansionslogik, Widersprüchen, sozialen Auseinandersetzungen und Krisen fortwährend transformieren. Entsprechend geht es um das *Wie*, d.h. um die herrschenden Logiken der Transformation. „Die Frage wird weniger lauten, ob es zu grundlegenden Veränderungen kommt oder nicht, sondern ob diese in einem geplanten Übergang oder in einer schockartigen Krise umgesetzt, autoritär aufgeherrscht oder gesellschaftlich vereinbart werden, sich an den Interessen von Eliten oder von gesellschaftlichen Massen orientieren.“ (Zelik/Tauss 2013: 9). Eine solche Perspektive hat weitreichende Implikationen für die Diskussion von Alternativen.

Zum anderen ist „Donquichoterie“ (Marx 1983: 93) fehl am Platz. Analytischer Idealismus und politischer Voluntarismus führen tendenziell in Sackgassen. Jegliche Veränderung im Sinne von Degrowth- und Post-Extraktivismus-Perspektiven muss an den bestehenden Verhältnissen und Erfahrungen ansetzen und sie verändern bzw. sich durch diese durcharbeiten. Insofern scheint mir eine Semantik von Degrowth als *Post-Wachstum* angemessen, weil sich politische Vorschläge ja mit den für viele Menschen durchaus positiven Erfahrungen des Fordismus auseinandersetzen müssen. Der Begriff des *Post-Extraktivismus* (und eben nicht *Anti-Extraktivismus*) verweist auf den Sachverhalt, dass es aktuell in einer höchst ambivalenten Konstellation in Lateinamerika durchaus produktive Erfahrungen gibt wie eine Zurückdrängung des Neoliberalismus, eine Stärkung des Staates, der durchaus erfolgreiche Kampf gegen Hunger und Armut.

In einem ersten Schritt möchte ich die jeweiligen realhistorischen Kontexte umreißen, in denen die Begriffe bzw. Debatten virulent werden. Anschließend gehe ich auf *Kernelemente* der Konzepte und Diskussionsstränge ein, um dann mögliche gegenseitige *Anregungen und Schwachpunkte* der Begriffe zu benennen. Diese Schwachpunkte hängen weniger – wie mitunter kritisiert wird – mit analytischer oder definitorischer Ungenauigkeit zusammen, sondern eher mit realhistorischen Erfahrungen, Diskussionskontexten, Einschätzungen notwendiger und erfolgreicher Kritik sowie mit politischen Ansatzpunkten und kontingenten Momenten. Aus meiner Sicht liegt eine *Gemeinsamkeit* von Degrowth und Post-Extraktivismus darin, dass es in beiden Kontexten im Kern um anderes Verständnis und andere Praktiken von Wohlstand jenseits kapitalistischen und von geoökonomischer Konkurrenz getriebenen Wachstums geht. Die Skizze der beiden Positionen geschieht zuvorderst immanent. Die

von mir vorgenommenen Bezugnahmen stellen keinen methodisch abgesicherten Vergleich dar, weshalb zu Beginn auch keine Kriterien des Vergleichs entwickelt werden. Vielmehr möchte ich die beiden Ansätze gegenüber resonant machen, also „ins Gespräch bringen“. Die gegenseitigen Anregungen sollten in weiteren Diskussionen präzisiert oder gegebenenfalls modifiziert oder gar verworfen werden. Die Argumentation in den beiden Abschnitten 3 und 4 zu Degrowth und Post-Extraktivismus sind etwas anders gegliedert, da ich davon ausgehe, dass die Degrowth-Debatte – nicht zuletzt aufgrund der Arbeit des Kollegs – den LeserInnen besser vertraut ist. Deshalb wird diese knapper eingeführt als jene um Post-Extraktivismus. Das Working Paper schließt mit einem Ausblick und offenen Fragen.

Ich stütze mich methodisch auf eine recht gute Kenntnis der Literatur, wenngleich in einer solch breiten Darstellung Feinheiten und Differenzierungen zu wenig zur Geltung kommen. Es wird nicht die Frage behandelt, inwieweit die Positionen politisch in Bewegungen oder Organisationen rezipiert werden (im Bereich Degrowth vgl. die wichtige Studie von Eversberg/Schmelzer 2015).³

2. Darstellung der jeweiligen historischen Kontexte

Degrowth und Post-Extraktivismus sind Perspektiven der Gesellschaftsveränderung. Sie sollen bestehende Kritiken, Widerstände und Alternativen sichtbar machen, in einen umfassenderen Kontext stellen, verdichten (nicht vereinheitlichen) und ggf. Orientierung für die Reflexion und Ausweitung bestehender Widerstände und Alternativen geben oder gar zur Entstehung neuer beitragen. Sie sind Teil von Gegen-Hegemonie (Brand 2005) oder können dazu werden.

Insofern sollten sie einen Begriff jener gesellschaftlichen Verhältnisse haben, die zu verändern sind. Das ist jedoch keine Handlungsvoraussetzung. Viele konkrete Widerstände und Alternativen haben keinen Begriff der Kontexte, auf die sie sich kritisch beziehen, und entfalten dennoch Wirkungen. Doch ein umfassenderes Verständnis hilft insbesondere dann, wenn die Akteure auf Blockaden und Handlungshindernisse stoßen.

In einem kurzen Text ist es schwierig, über grobe Linien hinausgehend detaillierte Entwicklungen nachzuzeichnen. Daher erfolgen Skizzen. Die sind dahingehend vorläufig, da unklar ist, inwieweit sich in Lateinamerika die aktuellen „neo-extraktivistischen“ Konstellationen verstetigen und in Europa die räumlich und zeitlich ungleichen Krisendynamiken erhalten bleiben oder es zu mehr oder weniger

³ Als ein Ergebnis wird festgehalten, dass die Debatte um Degrowth gerade nicht die Perspektiven der AktivistInnen, die an der Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 teilnahmen und dort befragt wurden, repräsentieren. So etwa: „Die immer wieder (in den Debatten, ub) eingeforderte Herrschafts- und Kapitalismuskritik, so zeigt sich empirisch, ist nichts, was dem Denken und Handeln dieser Leute erst von außen herangetragen werden müsste, sondern vielmehr ein weit mehrheitlich geteilter Common Sense ihres Agierens. „Das entscheidende Merkmal der Degrowth-Bewegung ist die Betonung des eigenen Lebens und der eigenen Praxis als eines (aber keineswegs notwendig des einzigen) Ansatz- und Ausgangspunkts von gesellschaftsveränderndem Handeln.“ (Eversberg/Schmelzer 2015: 4f.)

stabilen Formen der Krisenbearbeitung kommt (die etwa als Grüner Kapitalismus bezeichnet werden könnten; vgl. Kaufmann/Müller 2009, Brand/Wissen 2013). Insbesondere der Regierungswechsel in Griechenland Ende Januar 2015 und das Referendum im Juli desselben Jahres haben die Diskussion um die Ausrichtung europäischer Krisenpolitik enorm dynamisiert. Zudem: „Die Bestimmung einer neuen Gesellschaftsformation hängt nicht so sehr von der ‚objektiven‘ Entwicklung der realen Verhältnisse ab, sondern von den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und ihren primären Kriterien und Instrumenten der Analyse“ (Candeias 2004: 10). Doch diese spannenden zeitdiagnostischen Fragen liegen jenseits dieses Textes.

2.1 Lateinamerika: Neo-Extraktivismus als dynamisches und instabiles Entwicklungsmodell

Zunächst ist festzuhalten, dass es in Lateinamerika in vielen Ländern keine sozio-ökonomische Krisendynamik und entsprechend kein ausgeprägtes Krisenbewusstsein oder einen verbreiteten Krisendiskurs gibt.⁴ Das hat unmittelbar einsichtige Gründe: Eine sich in den letzten 10-15 Jahren dramatisch verändernde Weltmarktkonstellation mit rasch steigenden Preisen aufgrund erhöhter Nachfrage nach fossilen, mineralischen und landwirtschaftlichen Ressourcen (verbunden in manchen Bereichen mit realen oder erwarteten Verknappungen) hat zu deutlich höheren Exporteinnahmen und entsprechenden materiellen Handlungsspielräumen in vielen lateinamerikanischen Ländern geführt. Diese höheren Einnahmen betreffen neben den entsprechenden privaten Firmen insbesondere die Regierungen sowie Unternehmen in öffentlichem Eigentum. Dass diese Spielräume in einigen Ländern verteilungspolitisch genutzt werden, hängt damit zusammen, dass als Konsequenz anti-neoliberaler Kämpfe linke Regierungen gewählt wurden. Deren Legitimation hängt zentral an Politiken der Umverteilung, aber auch an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität, die durch eine Abkehr von den neoliberalen Politiken der „Strukturanpassung“ der 1980er und 90er Jahre ermöglicht wurde.

Die aktuelle kapitalistische Entwicklung in vielen Ländern des globalen Südens – aber auch in Kanada oder Australien – kann mit dem Begriff des Neo-Extraktivismus bezeichnet werden (den Begriff des Extraktivismus schlug Eduardo Gudynas 2009 vor). Das ist nicht so neu; erinnert sei an das Buch des im April 2015 verstorbenen Publizisten Eduardo Galeano „Die offenen Adern Lateinamerikas“ (1971). Allerdings besteht ein wichtiger Unterschied darin, dass insbesondere in Ländern mit progressiven Regierungen das neo-extraktivistische Wirtschaftsmodell durchaus mit der mehr oder weniger starken Verbesserung der Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten einhergeht (zu den begrenzten Verteilungswirkungen für die armen Teile der Bevölkerung vgl. Lander et al. 2013).

Neo-Extraktivismus bezeichnet ein Entwicklungsmodell, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse wesentlich (nicht ausschließlich) von der über den kapitalistischen Weltmarkt vermittelten Inwertsetzung von Naturelementen geprägt sind. Produktion, Ausbeutung und Export von Rohstoffen und anderen

⁴ Der Preisverfall beim Erdöl im Jahr 2014 hat insbesondere in Venezuela gezeigt wie instabil das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell ist und wie rasch Krisendiskurse und -erfahrungen zurückkehren.

Naturelementen werden insbesondere in Ländern mit vom Anspruch her progressiven Regierungen mit dem Ziel verfolgt, über erhöhte Exporteinnahmen Armut und soziale Ungleichheiten zu reduzieren.⁵

Trotz bedeutender Unterschiede finden sich empirische Hinweise für die Herausbildung eines solchen rohstoffbasierten Entwicklungsweges in den meisten Ländern der Region. Und nicht nur dort: Jüngere Publikationen weisen darauf hin, dass auch in anderen Regionen des Globalen Südens Entwicklungsstrategien bedeutsam(er) werden, die auf der Ausbeutung von Rohstoffen sowie der Aneignung und bedingten Verteilung der Gewinne basieren (vgl. Breiningen/Reckordt 2012, Fraser/Larmer 2010, Pichler 2015; in gewisser Weise könnte auch Russland hinzugezählt werden). Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der ressourcenintensiven Produktions- und Lebensweise im globalen Norden, dem ökonomischen Aufstieg der Schwellenländer und der hieraus resultierenden wachsenden globalen Rohstoffnachfrage sowie veränderten Strategien der Kapitalverwertung, in denen Rohstoffe und ihre Aneignung einen zentralen Stellenwert einnehmen. Die anhaltend hohen Preise im Rohstoffsektor hängen jedoch nicht nur mit einer steigenden Nachfrage zusammen, sondern auch mit der Entdeckung der Natur als Anlagefeld für überakkumuliertes Kapital, was mitunter als „Finanzialisierung der Natur“ bezeichnet wird (Tricarico/Löschmann 2012, Zeller 2010, Brand/Wissen 2014). Es kommt insbesondere in Ländern wie Argentinien und Brasilien zu einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft beispielsweise mittels gentechnisch verändertem Soja oder industriell gefertigten Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Auch im Bergbau werden mitunter hochtechnologische Fördermethoden verwendet. Entsprechend diskutiert die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) in einigen ihrer Veröffentlichungen die Tendenz der Reprimarisierung (die Rückkehr der Region zur Primärgüterproduktion) als Option für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie in Lateinamerika (CEPAL 2011: 21).

Auch wenn sich seit Mitte des Jahres 2014 eine Abschwächung andeutet (Brand 2015b): Es scheint, als sei die Zeit der säkularen Verschlechterung der *terms of trade* (Prebisch-Singer-These), also der realen Austauschverhältnisse zwischen Primär- und Sekundärgütern zulasten Ersterer, für Rohstoffexportländer gegenwärtig vorüber.⁶ Die Preise von Mineralien, Edelmetallen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und fossilen Brennstoffen stiegen bis 2008 auf ein beispielloses hohes Niveau. Zeitweilige krisenbedingte Preisrückgänge in 2008/2009 kehrten den Trend des globalen Rohstoffbooms nicht grundlegend um und auch die seit Mitte 2013 zu beobachtenden

⁵ Zur folgenden Darstellung vgl. ausführlich Brand/Dietz 2014. Dort auch zu einer Theorie des (Neo-) Extraktivismus in Anlehnung an die kritische Gesellschafts-, Hegemonie- und Staatstheorie, an die Politische Ökologie und mit Bezügen zur lateinamerikanischen Diskussion. Damit können in historischer Perspektive die raum-zeitlichen Interdependenzen zwischen sich verändernden sozio-ökonomischen und technologischen Entwicklungen sowie (Welt-)Marktstrukturen und politisch-institutionellen Konfigurationen, sozialen (Kräfte-)Verhältnissen und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen genauer erfasst werden.

⁶ Raúl Prebisch und Hans W. Singer argumentierten im Jahr 1950 in zwei unabhängigen Publikationen, dass Länder mit großer Abhängigkeit vom Export nur weniger Primärgüter den internationalen Preis- und Mengenschwankungen stark unterworfen sind und dies immer wieder zu Instabilität führt. Zudem führt höhere Produktivität bei Primärgütern tendenziell zu sinkenden Preisen, bei Industriegütern bzw. in Industrieländern äußern sie sich auch in steigenden Löhnen (Prebisch 1950, Singer 1950).

Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten, v.a. im Bereich Edelmetalle und Erdöl verweist weniger auf ein generelles Ende des Rohstoffbooms als nunmehr auf dessen inhärent politischen Charakter.⁷ Ein erneuerter Preisanstieg von Rohöl und (Edel-)Metallen ist keine Frage des Ob sondern eine Frage des Wann.

Das Entwicklungsmodell aktualisiert sich gegenwärtig auf der Basis sich transformierender innerer und globaler Bedingungen und Dynamiken. Hierzu zählen veränderte Weltmarktkonstellationen und geopolitische Verschiebungen.

Maristella Svampa zeigt in ihren Analysen, dass der Neo-Extraktivismus auf ein gesellschaftspolitisches Dispositiv des National-Popularen zurückgreift und es festigt, also eine Rechtfertigung der Naturausbeutung als Projekt darstellt, um nationale Entwicklung, Souveränität und gesellschaftliche Verteilung voranzutreiben (Svampa 2012: 48-56). Die Notwendigkeit der Rohstoffextraktion wird dabei gesellschaftspolitisch mit dem Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit begründet (exemplarisch Correa 2012: 95-96). Hierfür sind staatliche Mehreinnahmen ohne Zweifel unumgänglich. So scheint es unter den gegebenen Weltmarktkonstellationen naheliegend, die Ausweitung extraktiver Aktivitäten zu fördern. Einige sehen daher im Neo-Extraktivismus auch eine Art Schicksal, das sich in den letzten Jahren eher positiv gewendet hat. Schließlich wird argumentiert, dass die Wirtschaftsaktivitäten den Motor für die Entwicklung anderer Branchen darstellen, dass damit Arbeitsplätze geschaffen werden und dass es sich bei den extraktiven Wirtschaftsstrategien um ein Vehikel zur letztendlichen Überwindung derselben handelt.⁸

Zur Analyse der Bestimmungsfaktoren des Neo-Extraktivismus sind auf einer allgemeinen Ebene zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste Phase, die etwa den Zeitraum von 1970 bis 2000 umfasst. In gewisser Weise wurde damals der Neo-Extraktivismus als Möglichkeit vorbereitet. Dieser schließt sich eine zweite Phase an, deren Beginn mit der Jahrtausendwende zusammenfällt, ab 2003 Dynamik

⁷ Vgl. http://hwwi-rohindex.de/typo3_upload/groups/32/hwwa_downloads/Rohstoffindex-dia.xls.pdf. Letzter Aufruf 15.05.2015

⁸ „Wir müssen den Extraktivismus benutzen, um vom Extraktivismus wegzukommen“ (Rafael Correa in einem Interview mit Sebastian Schoepf, Süddeutsche Zeitung, 22. April 2012: 7). Zur Argumentation vgl. auch Colectivo Voces de Alerta 2011. Die genannten Dynamiken werden kontrovers diskutiert. Der sachliche Kern zur Einschätzung des neo-extraktivistischen Entwicklungsmodells liegt darin, dass Befürworter der progressiven Regierungen auf die wirtschafts- und verteilungspolitischen Erfolge hinweisen, analytisch und programmatisch würden mit dem Begriff des (Neo-)Extraktivismus wichtige Entwicklungen wie Lohnanstieg, partielle Reindustrialisierung, die Rolle des Staates und sich verändernde Kräfteverhältnisse unzureichend eingeschätzt. Ansätze des Buen Vivir werden als kaum verallgemeinerbar, sondern höchstens „als entfernter Leitstern“ einer post-kapitalistischen Gesellschaft charakterisiert (prominent in der deutschsprachigen Diskussion Boris 2013). Die Kritik am Entwicklungsmodell und das sie abstützenden Staaten fokussiert demgegenüber, dass insbesondere die Regierungen in Bolivien und Ecuador den Anspruch formulierten, dass naturaubeuterische Modell samt seiner starken Abhängigkeit von Weltnachfrage und –preisen mittelfristig über einen Umbau der Wirtschafts- und Sozialstruktur grundlegend verändern wollten – dies aber nicht schaffen und auch nicht wollen. Vielmehr würden die politischen Regime tendenziell zentralistischer und autoritärer, um das Wirtschaftsmodell gegen Kritik abzusichern. Der Begriff des Buen Vivir stellt einen wichtigen Bezugspunkt dar, in dem ein emanzipatorischer zivilisatorischer Horizont aufscheint, der konkret die Veränderung von Kräfteverhältnissen, Staatsaufbau und politischer Ökonomie orientiere sowie jahrhundertlange Unterdrückung und eurozentrisches Denken angehe (etwa Meschkat 2013; Kritik am Begriff auch bei Jäger et al. 2014).

gewinnt und bis heute andauert. Mit den in den 1970er Jahren dominant gewordenen neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitiken wurden bisherige sozio-ökonomische und politische Konstellationen radikal verändert und die einzelnen Gesellschaften in eine asymmetrische Konkurrenzsituation gedrängt. Die Sicherung des Schuldendienstes und die Erlangung von Wettbewerbsfähigkeit wurden zum überragenden Kriterium staatlicher Politik. Dominant wurde ein am Weltmarkt orientierter *developmentalism*. Dies führte über die Mechanismen des Schuldendienstes und der Strukturanpassungen zu einer unmittelbaren gesellschaftlichen Wirkung des Weltmarktes, zu De-Industrialisierung, zur Schwächung der Interessen der Lohnabhängigen, zur (Teil-)Privatisierung vormals öffentlicher Versorgungssysteme (z.B. Wasserversorgung oder Telekommunikation) und staatlicher Unternehmen und schließlich zur Schaffung von Bedingungen einer Reprimarisierung der lateinamerikanischen Ökonomien.

Die zweite Phase der Reprimarisierung beginnt um das Jahr 2000 und insbesondere ab 2003, ohne dass dies von Beginn an deutlich war. Eingeleitet wurde diese Phase mit einem Wandel einer Vielzahl globaler, miteinander verflochtener Konstellationen und Dynamiken: Seit der Jahrtausendwende stieg die globale Nachfrage nach landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen kontinuierlich an. Damit verbesserten sich tendenziell die realen Austauschverhältnisse (*terms of trade*) zwischen Waren des Primär- und des Sekundärsektors. So stieg der Ölpreis im Jahr 2008 auf über 140 Dollar pro Fass an. Zwar sank der Preis in Folge der Wirtschaftskrise danach deutlich, lag jedoch in den Jahren 2011 und 2012 bei durchschnittlich 107 Dollar, womit beide Jahre als die teuersten Öljahre in die Geschichte eingingen. Noch deutlichere Preisanstiege zeigen sich in den Bereich Mineralien, Metalle und Erze. Der Rohstoffpreisindex der Deutschen Rohstoffagentur stieg zwischen 2000 und 2011 um 400 Prozent (in Dollar). Vor allem stieg der Preis bei Nichtedelmetallen (Eisen, Stahl) und so genannten „strategischen“ Metallen um teilweise über 600 Prozent.⁹ Die verteilungspolitischen Wirkungen sind insbesondere in den Ländern mit progressiven Regierungen erheblich.

Die Stärke der kritischen lateinamerikanischen Debatte liegt darin, dass sie den Neo-Extraktivismus als *Entwicklungsmodell* begreift, das auf bestimmten sozioökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen – inklusive der Integration in den Weltmarkt, Klassenstrukturen, Entwicklungsdispositiven und des Aufbaus des Staates bzw. der Ausrichtung staatlicher Politiken - basiert und diese absichert. Zum anderen werden anhand der Diskussionen die dem Modell zugrunde liegenden Naturverhältnisse sowie die erheblichen sozial-ökologischen Probleme und Konsequenzen eines solchen Modells sichtbar gemacht und politisiert.

2.2 Europa: Krisen- und Austeritätspolitik, Persistenz der imperialen Lebensweise

Die Degrowth-Perspektive ist als solche nicht neu. Insbesondere in Krisenphasen wurden in der Vergangenheit ähnliche Ansätze formuliert (Markantonatou 2013, Steuerer 2010, Schmelzer/Passadakis 2011). Die aktuelle Diskussionsdynamik entsteht vor dem Hintergrund des räumlich und zeitlich

⁹ http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Produkte/MPI/MPI_PDF.pdf?__blob=publicationFile&v=8

hochgradig ungleichen Prozesses der kapitalistischen Globalisierung sowie einer auf fossilen Energieträgern, Industrialisierung und immer weiterer Landnahme basierenden Produktions- und Lebensweise (Dörre 2009, 2013, Mahnkopf 2013, Biesecker/von Winterfeld 2014, Salleh 2013 mit Blick auf dominante Bearbeitungsformen der ökologischen Krise). Gesellschaftspolitisch wichtiger wird die Degrowth-Debatte insoweit als diese Form der kapitalistischen Globalisierung in vielen Teilen der Welt ab 2008 eine tiefe Krise generiert hat.

Während es in Lateinamerika zu hohen Wachstumsraten gekommen ist, vollzieht sich in Europa die Krise ungleichzeitig und in mehreren Phasen.¹⁰ Zunächst kam es zu einer Periode der Verunsicherung und wirtschaftspolitischer Suchprozesse mit eher keynesianischer Ausrichtung zur Rettung von Banken und dem Erhalt von Arbeitsplätzen in den wirtschaftlich bedeutenden und gut organisierten Branchen. Diese wirkten strukturkonservativ, waren aber in Ländern wie Deutschland und Österreich durchaus erfolgreich im Sinne der formulierten politischen Ziele. Anschließend kam es zu neoliberalen Austeritätspolitiken, die in ganz Europa insbesondere von der deutschen Regierung in Zusammenspiel mit der EU-Kommission vorangetrieben und gegenüber den hochverschuldeten Ländern durch die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission durchgesetzt werden (Stützle 2013, Bsirske 2012, Bieling 2013). Im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der in den 1990er Jahren vereinbart wurde, kam es 2011 zu den Maßnahmen des „Six-Packs“ und des „Euro-Plus-Paktes“ (Konecny 2012). Eine solche Politik führt nicht zu einer Regulierung und Schrumpfung des Finanzsektors, sondern vielmehr zu Lohnsenkungen und einer weiteren Deregulierung der Arbeitsmärkte, um über „innere Abwertung“ die gewünschten Wettbewerbs-, Wachstums- und Stabilisierungseffekte zu erreichen (Marterbauer/Oberndorfer 2014). Die Finanzmarkt- und Bankenkrise wurde zu einer Krise der Staatsschulden.

¹⁰ Ich verwende in diesem Working Paper einen breiten Krisenbegriff, der eine „multiple Krise“ thematisiert (Becker et al. 2011, Brand 2009; mit Blick auf Europa und Lateinamerika Peters 2014). Gleichwohl stehen in diesem Abschnitt die im engeren wirtschaftlichen und finanziellen Dimensionen im Zentrum aktueller Diskussionen und Politiken, weil hier zentrale Reproduktionsbedingungen und –modi politisch artikulationsfähiger Akteure betroffen sind (Aufsätze in Atzmüller et al. 2013). Andere Aspekte werden weiter unten benannt. Frigga Haug betont, dass „eine Krise das Gewohnte aus den Halterungen reißt“ und sie eine Aufforderung darstelle, „die Kräfte zu reorganisieren“ (Haug 2010: 2121). Im Hinblick auf die Thematisierung und Politisierung der ökologischen Krise stimmt das nur begrenzt – bislang wird „das Gewohnte“ für viele Menschen im Globalen Norden aus sozial-ökologischer Perspektive nicht offen krisenhaft –, was auf den Zusammenhang von „objektiven“ Krisenfaktoren und den Auseinandersetzungen um die Krisendeutungen hinweist. (Brand/Wissen 2011). Es spricht einiges dafür, dass es sich bei der gegenwärtigen Krise in der Terminologie der Regulationstheorie nicht um eine „kleine“ konjunkturelle Krise handelt, die im Rahmen der bestehenden Institutionen und Kräfteverhältnissen bearbeitbar ist, sondern um eine „große Krise“, die eine grundlegende Restrukturierung erforderlich macht. Eine wichtige und im Ergebnis offene Debatte wird darum geführt, wie tief die Krise ist und ob es sich gegenwärtig um eine Übergangsphase („Interregnum“ in der berühmten Formulierung von Antonio Gramsci, in der „das Alte stirbt und das Neue noch nicht zur Welt kommen kann“; Gramsci 1994: 354), eine Durchsetzungskrise oder um eine Endkrise des Neoliberalismus/Postfordismus handelt oder gar um eine Bestandskrise des Kapitalismus. Offen ist auch, inwieweit sich die ökonomische Krise in eine politische oder Staatskrise übersetzt. Auch die vorherrschenden Formen der Krisenbearbeitung (etwa die Verschiebung in den Bereich der Reproduktion) und ihrer Reichweite, der internationalen Dimension (Rolle von China und anderen Schwellenländern) werden intensiv diskutiert. Hier spielt auch die Einschätzung ökonomischer, politischer und kultureller Beschleunigung als Krisenursache oder Form der Krisenbearbeitung eine Rolle (Rosa 2012).

Im Unterschied zu Lateinamerika gibt es in Europa einen weitreichenden politischen Integrationsprozess unter Vorzeichen des Finanzmarktkapitalismus. Der hat dazu geführt, dass es zu neoliberalen „lock-in“-Effekten kam, die nun in der Krise wirken und bereits vor der Krise bestehende Orientierungen und Kräfteverhältnisse politisch-institutionell absichern (Buckel et al. 2010). Allerdings handelt es sich zunehmend um einen „europäischen Krisenkonstitutionalismus“, der vor allem zur Aufrechterhaltung bestehender Macht- und Kräfteverhältnisse beitragen soll – oder tendenziell deren Verschiebung zu Finanzmarktakteuren und weltmarktorientiertem Kapital (Bieling 2013). Treibende Ursache ist die strukturelle Überakkumulation von Kapital, die zu starken Tendenzen der Marktliberalisierung, Privatisierung und Deregulierung führte. Die Finanzmarktentwicklung hat sich in die Alltagsverhältnisse nicht nur der Institutionen, sondern auch der Menschen eingeschrieben.

Die deutsche politische Ökonomie und die deutsche Regierung haben ihre dominante Rolle in Europa ausgebaut. Die generischen Krisenelemente werden noch nicht manifest, sondern eher an andere Orte und in andere Regionen verschoben. Der „Merkelismus“ als Form der Krisenbearbeitung besteht darin, dass sich die Kanzlerin als über der Gesellschaft stehend präsentiert und die Passivierung großer Teile der Bevölkerung vorangetrieben wird. Werden Forderungen aus der Gesellschaft formuliert, werden diese selektiv aufgenommen und kleingearbeitet, um die politische Macht zu sichern. Sander (2015) nennt das eine „asymmetrische Demobilisierung“.

Trotz der politischen Aufbrüche auf Regierungsebene in Griechenland - und eventuell demnächst in Spanien - mit starken Wirkungen auf die europäischen politischen Institutionen und Debatten, gelingt es bislang nicht (und scheint politisch auch nicht gewünscht), diese Kräftekonstellation infrage zu stellen. Das aber wäre Grundvoraussetzung für andere Krisenpolitiken, für verstärkte (öffentliche) Investitionen, Umverteilungspolitiken vom gesellschaftlichen Oben nach Unten, die Zurückdrängung der Finanzialisierung, progressive Arbeitszeitpolitiken und anderes. „Stabilität“ bedeutet bislang in Europa die Stabilisierung neoliberaler Politiken und Kräfteverhältnisse, die über ein abgeschlossenes Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) nochmals abgesichert werden würden.

Gleichwohl kann von einer Hegemoniekrise des Neoliberalismus gesprochen werden. Denn „die Fähigkeit des neoliberalen Entwicklungsmodells weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und zu überzeugen, verblasst zunehmend. Die zentralen im Rahmen der Europäischen Union durchgesetzten neoliberalen Projekte, eine monetaristisch ausgestaltete Wirtschafts- und Währungsunion, die Liberalisierung der Märkte einschließlich jener für Finanzprodukte und die periphere Integration von Süd- und Osteuropa, haben massiv an Ausstrahlungskraft verloren.“ (Marterbauer/Oberndorfer 2014; vgl. auch Candeias 2011, Buckel et al. 2012, Sander 2015)

Für das hier verhandelte Thema ist ein Aspekt wichtig. Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise im engeren Sinn kann umfassender von einer Vielfachkrise oder multiplen Krise gesprochen werden (Demirovic et al. 2011). Neben der sozial-ökologischen Krise gibt es eine Dauerkrise der Reproduktion (insbesondere der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung) und eine Krise der parlamentarischen Demokratie durch zunehmende Tendenzen autoritärer Politik und der Schwächung der Repräsentation der Lohnabhängigen.

Die Krise der Repräsentation zeigt sich unter anderem im Aufstieg rechter und nationalistischer Parteien in verschiedenen europäischen Ländern. Auch das ist eine deutliche Differenz zu Lateinamerika. Allerdings ist in Bezug auf die Europawahlen 2014 bemerkenswert, „dass in jenen Ländern, in denen Parteien sich glaubhaft bemühen, an einer kohärenten fortschrittlichen Wirtschaftspolitik zu arbeiten und für diese einzutreten, der Zuwachs der extremen Rechten schwach blieb.“ (Marterbauer/Oberndorfer 2014; diese Einschätzung wurde durch die Wahlen in Griechenland am 25.1.2015 bestätigt.)

Insgesamt blockiert die herrschende Bearbeitung der Krise in Europa die Entwicklung der Möglichkeiten, die Krise zu überwinden. Austeritätspolitik bietet keine tragfähige Krisenbearbeitung. Es hat sich eine Form des „autoritären Wettbewerbsetatismus“ (Oberndorfer 2013) herausgebildet.

Um Einsatzpunkte der Degrowth-Perspektive genauer zu bestimmen, möchte ich zwei Aspekte hervorheben. Zum einen kann es zu Verschiebungen zwischen unterschiedlichen Krisendimensionen kommen. Besonders deutlich ist das im Hinblick auf die kaum hinterfragte Wachstumsorientierung sowohl der neoliberalen wie auch keynesianischer Positionen. Haris Konstantatos hat in seinem Beitrag auf der Degrowth-Konferenz im September 2014 drei mögliche Entwicklungsrichtungen für Europa angezeigt: Ein *business as usual* von neoliberaler Austeritätspolitik, ein vom sozialdemokratischen Spektrum und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräften favorisierter progressiver Produktivismus und als dritte Entwicklungsmöglichkeit eine sozial-ökologische Transformation. In Ländern wie Deutschland und anderswo müssen wir uns möglicherweise auf einen „progressiven Produktivismus“ einstellen. Das wäre ein sich verschiebendes Terrain der Degrowth-Perspektive.

Stabilisierung durch imperiale Lebensweise

Ein Moment relativer Stabilisierung und zumindest von Elementen passiven Konsenses in weiten Teilen der Bevölkerung besteht in der Aufrechterhaltung und weltweiten Ausweitung einer imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2011). Die imperiale Produktions- und Lebensweise war bereits Teil der Kolonialisierung ab dem 16. Jahrhundert und des liberal-kapitalistischen Weltsystems des 19. Jahrhunderts, beschränkte sich in diesen Perioden jedoch auf die oberen Klassen. Das heißt, sie war nicht in dem Sinne hegemonial, dass sie die Reproduktion der Bevölkerungsmehrheit und damit deren Alltagspraktiken prägte. Erst ab Mitte des 20. Jahrhunderts verankern sich die kapitalistischen Naturverhältnisse über die imperiale Lebensweise gleichsam in den Alltagspraktiken der Bevölkerungsmehrheit im globalen Norden: Automobilität, Fleischkonsum, industriell gefertigte Produkte oder das Wohnen im Einfamilienhaus (Altwater 1993, Mitchell 2009).

„Imperial“ ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte dabei lange Zeit auf einer für diese sehr vorteilhaften Welt-Ressourcenordnung (Altwater 1993). Das immense, kapitalistisch getriebene Wachstum setzte die starke Vernutzung fossiler Rohstoffvorkommen (Kohle und zunehmend Erdöl) und der globalen Schadstoffsenken voraus. Wichtig war ein ständiger relativer Überfluss an preisgünstigen natürlichen Ressourcen auf den Weltrohstoff- und

Weltagrarmärkten. Die militärische und politische Dominanz der USA im Westen sowie die Systemkonkurrenz hatten relativ stabile weltpolitische Verhältnisse zur Folge, was sich auch im geregelten Zugriff auf billige Ressourcen wie Erdöl niederschlug.

Im Globalisierungsprozess vertiefte sich die imperiale Lebensweise in zweifacher Richtung: Zum einen wurde der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Das hängt damit zusammen, dass die vormals im Norden existierenden fossilistischen Konsummuster die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sich in der Folge sogar noch intensivierten. Darüber hinaus nahm der Flugverkehr im Zuge seiner Liberalisierung enorm zu, durch die Globalisierung wuchs der Zugriff auf billige Industrieprodukte, die industrialisierte Landwirtschaft expandierte. Zum anderen bildeten sich in einigen Ländern wie China oder Indien große Ober- und Mittelklassen heraus, die sich an der „westlichen“ Lebensweise orientieren.

Die fordistische und postfordistische Lebensweise als „imperial“ zu bezeichnen, soll nicht die machtvollen, auf offener oder struktureller Gewalt beruhenden Strategien leugnen oder geringerschätzen, die spätestens im Anschluss an den 11. September 2001 wieder an Bedeutung gewonnen haben. Auch soll nicht abstrakt und mit moralischer Geste den Lohnabhängigen in den kapitalistischen Metropolen und den Mittel- und Oberklassen in den so genannten (semi-)peripheren Ländern ihre Konsumgewohnheiten bzw. ihr Lebensstil vorgehalten werden. Die Spaltungslinien – zwischen Nord und Süd, zwischen oben und unten, zwischen den Geschlechtern – bleiben erhalten und werden gerade auch über den Ressourcenverbrauch reproduziert.¹¹ Allerdings ist der Begriff „imperiale Lebensweise“ geeignet, um eine Verbindung zwischen breit akzeptierten und gelebten Alltagspraktiken der Menschen, ökologischer Krise und zunehmenden imperialen Spannungen in der internationalen Politik deutlich zu machen.

Für die aktuelle Konstellation ist das vor allem bedeutsam, weil die Normalität der imperialen Lebensweise als Filter der Krisenwahrnehmung und Krisenbearbeitung wirkt. So wird zumindest im globalen Norden die ökologische Krise primär als Umweltproblem und nicht als umfassende gesellschaftliche Krise wahrgenommen. Das ermöglicht die Dominanz marktförmiger Muster der Krisenbearbeitung (wie etwa des Emissionshandels in der Klimapolitik), die auch von den BefürworterInnen einer weiterreichenden ökologischen Modernisierung bzw. eines „Green New Deal“ nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Der im globalen Norden vorherrschende Krisendiskurs erkennt also die Existenz einer ökologischen Krise an, politisiert und bearbeitet sie aber auf eine Weise, welche die ihr zugrunde

¹¹ Der Begriff der imperialen Lebensweise bedarf der Präzisierung. Zu fragen ist etwa, welche „imperialen Anteile“ unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse entlang von Klassen-, Geschlechter- oder ethniserten Linien haben und welche Widersprüche sich darin jeweils auftun. Auch sollte die imperiale Lebensweise nicht nur auf den Konsum bezogen werden, sondern viel breiter: wie nämlich Menschen mit den vielen Widersprüchen umgehen, unter denen sie leben. Der Begriff soll nicht die Tatsache übergehen, dass zum einen die Menschen heute von starken kapitalistischen Akteuren entlang von Wertschöpfungsketten mit ihren Profitmotiven zu bestimmten Lebensweisen genötigt werden. Zum anderen gibt es natürlich heute schon viele Alternativen, die sich den Zumutungen der vorherrschenden Lebensweise zu entziehen versuchen. Schließlich sollte stärker berücksichtigt werden, inwieweit es in der aktuellen Krise zu stärkeren Brüchen kommt, als wir annehmen (Brand 2015a).

liegenden Produktions- und Konsummuster gerade nicht zur Disposition stellt, sondern – nicht zuletzt durch ihre selektive ökologische Modernisierung – verstetigt.

Nach dieser Skizze wesentlicher Aspekte der jeweiligen zeithistorischen Hintergründe in Europa und Lateinamerika gehe ich nun auf Kernelemente der Diskussionen um Degrowth und Post-Extraktivismus ein.

3. Kernelemente der Degrowth-Perspektive

Aus meiner Sicht ist die Degrowth-Perspektive eine radikale Position innerhalb der Diskussion um angemessene Formen der Krisenbearbeitung und hier im breiteren Feld der Debatte um sozial-ökologische Transformation.¹² Zu den Positionen im Feld sozial-ökologischer Transformation würde ich auch Strategien hin zu einer Grünen Ökonomie oder eines Green New Deal, aber auch öko-keynesianische Positionen zählen. Letztere sehen die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum, mitunter als „qualitativ“ oder „selektiv“ bezeichnet. Alle Positionen widersetzen sich autoritären oder neoliberalen business-as-usual-Strategien, die sich in Europa aktuell hin zu einem „autoritären Wettbewerbsetatismus“ (siehe oben) bewegen. Haris Konstantatos bezeichnete das im oben erwähnten Vortrag auf der Leipziger Degrowth-Konferenz als „aggressiven Neoliberalismus“, der wirtschaftliches Wachstum über die Absenkung des Werts der Arbeitskraft und der Umwelt zu erreichen beabsichtigt.

Die Degrowth-Perspektive wurde zunächst von WissenschaftlerInnen ausgearbeitet (Martínez Alier et al. 2010 zur Geschichte der Diskussion) und in den letzten Jahren verstärkt von Bewegungen aufgegriffen. Die Bewegungen entstehen meist nicht als Degrowth-Akteure, sondern sie begeben sich mit ihren konkreten Auseinandersetzungen implizit und zunehmend explizit auf das politisch-begriffliche Terrain der Degrowth-Perspektive: Beispielsweise in den Widerständen gegen Großprojekte und industrielle Landwirtschaft, in den sozialen Bewegungen für Transition Towns und Recht auf Stadt, Energiedemokratie und Ernährungssouveränität, Commons, Klimagerechtigkeit oder konkrete alternativökonomische Ansätze.

Degrowth lese ich als doppelten Vorschlag: Zum einen wird damit eine Perspektive weitreichender gesellschaftlicher Veränderung formuliert und dabei als Problemkern der Imperativ des kapitalistischen Wirtschaftswachstums identifiziert. Zum anderen bietet er an, mannigfaltige konkrete Erfahrungen in einen umfassenderen Kontext zu stellen. Der Begriff selbst mag in einigen Jahren verschwunden sein; ersetzt etwa durch dann intensiv diskutierte Begriffe wie Gutes Leben. Die damit aufgeworfenen gesellschaftlichen Problemstellungen und mögliche Antworten aber werden möglicherweise bleiben.

Es gibt keine klaren Definitionen von Degrowth, sondern eher zentrale Anliegen und darin Stränge, die wiederum verbunden sind mit Erkenntnisinteressen, politischen Positionen u.a. Gleichwohl gibt es einen transformativen und emanzipatorischen Kern. Der verschiebt sich im Zeitverlauf unter Umständen. Die

¹² Ich verwende die Begriffe Degrowth und Postwachstum synonym, obwohl es durchaus semantische Differenzen gibt; der Begriff Wachstumsrücknahme trifft eher den Kern von Degrowth.

Degrowth-Konferenz in Leipzig im September 2014 war erstaunlich kapitalismuskritisch und damit deutlich radikaler als die wissenschaftliche Debatte. Ich komme darauf zurück.

Was sind zentrale Problemdiagnosen der Gegenwartsgesellschaft aus der Degrowth-Perspektiven?¹³

Kritik an vorherrschenden Formen dynamischer Stabilisierung und Formen der Krisenbearbeitung: Kritisiert wird die grundlegend „eskalative Fixierung der kapitalistischen Moderne“ (Eversberg/Schmelzer 2015: 1) sowie die daran anschließenden und aktuell dominierenden wirtschaftspolitischen Antworten auf die Krise – sei es qua neoklassischer Austeritäts- oder klassisch keynesianischer Nachfrage- und Umverteilungspolitik: Dass nämlich der „Wachstumsmotor“ wieder anlaufen und entsprechend die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden müsse. Die Postwachstums-Debatte hält dem entgegen: Wachstum wird in Zeiten der multiplen Krise und insbesondere unter Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus selbst zum destabilisierenden Faktor (Muraca 2014: 11). Aber eben auch das weitere Wachsen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, insbesondere von kurzlebigen Gütern, schafft potenzielle und reale Instabilität. Die Ressourcen müssen beschafft werden, was immer weniger konfliktfrei und ausschließlich über den Markt abläuft; der Klimawandel schafft viele Unsicherheiten inklusive der berüchtigten „Kipppunkte“ des lokalen oder regionalen Klimas.

Krisendiagnose: Die – im Detail höchst unterschiedlich eingeschätzten – gesellschaftlichen Triebkräfte von Wachstum führen zu ökologischen, sozio-ökonomischen, politischen, friedenspolitischen, aber auch individuellen (psychischen wie auch die Lebensführung betreffenden) Risiken und Problemen. Die werden als ursächlich für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, die ökologische Krise, zunehmende Gewalt bei Konflikten oder gar Kriegen um Ressourcen angesehen.

Auch der wachsende Druck auf die Menschen im Arbeitsleben sowie die gesellschaftliche Polarisierung sind negative Konsequenzen der einseitigen Orientierung auf Wirtschaftswachstum. Verwiesen wird häufig auf die These von Wilkinson und Pickett (2010), dass gesundheitliche und soziale Probleme in Ländern mit großen Einkommensdifferenzen signifikant stärker sind als in Ländern mit geringeren Einkommensdifferenzen. „Gesundheitliche und soziale Probleme treten am häufigsten in den ärmeren Schichten jeder Gesellschaft auf, darüber hinaus sind aber Gesellschaften mit signifikant hoher Ungleichheit von den genannten Problemen stärker betroffen.“ (ebd.: 35, 61). Wirtschaftswachstum verschärft demgegenüber soziale Probleme, da es in Gesellschaften mit weitgehend gesicherten Grundbedürfnissen zur Entstehung oder Entfaltung von Druck, Konkurrenz und Konsumismus beiträgt. Entsprechend benötigen die Menschen einen anderen Blick auf ihre eigenen Gesellschaften, um überhaupt ein breiteres Verständnis von Lebensqualität zu erhalten.

¹³ Vgl. etwa Steurer 2010, Latouche 2010, Jackson 2011, Schmelzer/Passadakis 2011, Kallis 2011, Paech 2012, 2014, Adler/Schachtschneider 2010, Biesecker/Wichterich/von Winterfeld 2012, Schneider et al. 2010, Martínez Alier et al. 2010, Muraca 2014, Brand 2014; Muraca 2013b, mit einem instruktiven Überblick über den Ansatz von Georgescu-Roegen. Vorzügliche Überblicke über die Rezeption der Degrowth-Debatte in Lateinamerika in Endara 2014.

Zudem erhöht sich die intra- und intergenerationelle Ungerechtigkeit, etwa durch zunehmenden Statuskonsum und positionalen Wettbewerb heute oder – auf die Zukunft bezogen – die Verschlechterung der Lebensbedingungen künftig lebender Menschen (Muraca 2014).

Ursache aktueller Probleme sind auch die Subjekte bzw. die dominierenden Subjektivierungsweisen. Prominent steht hier aktuell die Position von Harald Welzer. Er weist mit dem Begriff der „mental Infrastruktur“ (Welzer 2011) darauf hin, dass Konsum- und Wachstumsorientierungen tief verankert sind und mithin gesellschaftliche Veränderungen auch sozial-psychologische, habituelle und kulturelle Dimensionen haben. (Hyper-)Konsum bedeutet Status und Sinnstiftung, doch wird „das Glück keineswegs weiter erhöht, sondern eher Leiden verursacht – Konsumstress, Freizeitstress, Zeitnot, Burn-out, Fettleibigkeit sind einschlägige Stichworte. Die zugrunde liegende Ökonomie des Wachstums sorgt also nicht nur für eine beständige Erhöhung der verarbeiteten und verkauften Mengen, sondern auch dafür, dass diese Erhöhung lebenspraktisch immer mehr zur Belastung wird. Die wachsende Zerstörung erzeugt wachsendes Unglück.“ (Welzer/Sommer 2014: 21f.) Politische Steuerung kommt entsprechend rasch an Grenzen, der Übergang von der expansiven in eine zukunftsfähige „reduktive Moderne“ (ebd.: 11) muss komplexer gestaltet werden.

Was sind nun neben den genannten, immer wieder ins Feld geführten Problemen die sich daraus ergebenden politischen und gesellschaftlichen Perspektiven aus Sicht von Degrowth?

Als *Konsens der Debatte* könnte gefasst werden: Degrowth ist “a multi-faceted political project that aspires to mobilise support for a change of direction, at the macro-level of economic and political institutions and at the micro level of personal values and aspirations. Income and material comfort is to be reduced for many along the way, but the goal is that this is not experienced as welfare loss.” (Kallis 2011: 878) Normative Prinzipien wie Kooperation und soziale Gerechtigkeit werden als zentral erachtet. Es geht um einen “voluntary, smooth and equitable transition to a regime of lower production and consumption.” (Schneider et al. 2010: 511, Kallis 2011: 574) Postwachstum als Horizont bedeutet nicht, sich an Krisen zu laben und über den krisenvermittelten Niedergang industrieller Produktion politisch zufrieden zu sein. Postwachstum ist ein gesteuerter Prozess hin zu einer anderen, sozial-ökologisch nachhaltigen, gerechten und solidarischen Produktions- und Lebensweise.¹⁴

Breite Veränderungsperspektive: Normativ, so prominent Tim Jackson (2011), geht es um einen „Wohlstand, der es den Menschen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, mehr Wohlbefinden zu erfahren und trotzdem die materiellen Umweltbelastungen zu reduzieren“ (ebd: 54). Dabei ist weder auf wirtschaftliches Wachstum, noch auf technologische Lösungen zu vertrauen, denn sie sind eine Selbsttäuschung. Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem bedarf politischer Rahmenbedingungen wie etwa einer ökologischen Steuerreform und strikte Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen, kulturelle Veränderungen wie etwa den Abbau des Konsumismus, Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit,

¹⁴ In einem Aufsatz für die „Prokla“ habe ich eine Systematisierung wachstumskritischer Positionen vorgenommen, die von Dennis Eversberg überzeugend kritisiert wurde. Dafür danke ich ihm.

den Abbau von Ungleichheit, die Stärkung der Fähigkeiten und des Sozialkapitals der Menschen sowie Unterstützung der südlichen Länder beim Umbau ihrer Ökonomien (ebd.: 175ff., ähnlich Martínez Alier et al. 2010, Muraca 2013a).

Paech (2012: 120ff.) etwa plädiert für bescheidenere und eigenständigere Versorgungsmuster und entsprechend für eine „kreative Subsistenz“ durch Eigenproduktion, Gemeinschaftsnutzung und längerer Nutzungsdauer. Auf der Seite der Unternehmen kann der Wachstumszwang gemildert werden, indem es zu einer geringeren Spezialisierung kommt, da dann die Produktion weniger kapitalintensiv ist und entsprechend weniger Kredite getilgt und verzinst werden müssen. Zudem gehe es um lokale und regionale Produktion, d.h. um kürzere und entflochtene Produktionsketten, damit Nähe und Vertrauen entstehen, „welches per se eine weniger zins- und renditeträchtige Kapitalbeschaffung ermöglicht“ (ebd.: 108). Dazu kommen etwa die Reduktion und Umverteilung der Arbeitszeit und entsprechend dem veränderten Konsumverhalten langlebige Konsumgüter. Die Subjekte selbst bedürfen einer „eingeübten Befähigung“, um anders leben zu können (Paech 2013). Hartmut Rosa (2013) entwickelt den Begriff der Resonanz, um eben diese Befähigung zu einem guten Leben samt entsprechender Erfahrungen in den Blick zu nehmen.

Rolle des Imaginären: Degrowth wird mitunter als Einsatzpunkt gegen die Einhegung bzw. Korridorisierung des Imaginären durch die herrschenden Verhältnisse verstanden und kann entsprechend die Dekolonisierung des Imaginären fördern.¹⁵ Die Vorschläge zur Gesellschaftsveränderung sind entsprechend auch auf der strukturellen und institutionellen Ebene, auf der Ebene der Vorstellungen (*imaginaries*) sowie auf jener der Praktiken angesiedelt (Latouche 2010, Muraca 2014). Der Vorschlag von Welzer und dem Projekt von „FuturZwei“ lautet, dass es einer neuen Erzählung (Story) bedarf, also ein emotionales und identitätsträchtiges Angebot um die Frage, wie im Jahr 2025 gelebt werden soll (ebd.: 40, ähnlich Thie 2013). Entsprechend gehe es um eine „education of desire“ (Muraca 2014), um Antworten auf ein verbreitetes Unbehagen und die „Sehnsucht nach einer positiven Erzählung“ (so Christopher Laumanns bei einem Auswertungstreffen der Leipziger Degrowth-Konferenz Ende Oktober in Berlin).

Die Stärke der Postwachstums-Diskussion liegt zuvorderst darin, zu einer Repolitisierung eines vermeintlich engen Korridors der Krisenbearbeitung beizutragen, nämlich Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit nicht infrage zu stellen. Das geht deutlich weiter als etwa der verteilungspolitische Einsatzpunkt von Thomas Piketty (2014), der aktuell ungleich prominenter ist.

Diese Repolitisierung gibt dem verbreiteten Unbehagen Ausdruck, dass gerade in einer jüngeren Generation, die unter neoliberalen Verhältnissen aufgewachsen ist, oder gar nur die Zeit seit der Krise politisch miterlebt, weit verbreitet ist. Es gibt andere Horizonte, die in alternativen Praktiken umsetzbar sind; das neoliberale Selbstregieren mit allen Erfahrungen von Unsicherheit und Prekarität kann so kritisiert werden.

¹⁵ Lutz Eichler (2013) hat bei einem Workshop an der Universität Jena im Mai 2013 eine psychoanalytisch inspirierte „Narzismusdiagnose“ vorgenommen, dass Wachstum nämlich mit dem unbewussten Zwang und Begehren zusammenhänge, den alltäglichen Leidensdruck zu verringern.

Ambivalenzen der Degrowth-Perspektive

Im Folgenden werden einige Ambivalenzen der Degrowth-Perspektive benannt, die mit der Methode der „konstruktiven Kontroverse“ des Jenaer Kollegs Postwachstumsgesellschaften bearbeitet werden könnten: Die Spannung zwischen konkreten Projekten und einer umfassenderen gesellschaftlichen Perspektive, die Vernachlässigung von Macht- und Herrschaftsfragen und damit verbunden aktueller kapitalistischer Dynamiken sowie Fragen der Gestaltung von Erwerbsarbeit und von Bedürfnissen in einer Postwachstumsgesellschaft.

Obwohl Degrowth eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu formulieren intendiert, d.h. auf der Ebene der Produktions- und Lebensweise im weiten Sinn, fokussiert Degrowth eher konkrete Projekte, was und angesichts dominanter gesellschaftlicher Entwicklungen wenig verwunderlich ist. Hans Thie (2014: 4) bringt eine Spannung auf den Punkt: „Postwachstumsökonomie kann jenseits der Projektioniere und der einsichtigen Privilegierten nur dann zu einem starken Leitbild werden, wenn sich die Freiheit, ein anderes, selbstbestimmtes Leben zu führen, zu vergesellschaften versucht. Der individuelle Wachstumsverrat (d.h. bewusster Verzicht auf ressourcenintensives Leben, ub) kann stärker und politischer werden, wenn er aufnimmt, was als menschliches Verlangen schon da ist: existenzielle Not abschaffen.“ Aus meiner Sicht stammt das Unbehagen etwa der Gewerkschaften (dazu Bsirske 2012, Reuter 2014) und auch vieler Menschen gegenüber der Degrowth-Perspektive von daher: Dass sie von einer kosmopolitisch orientierten Mittelschicht getragen wird, die durchaus auf etwas verzichten kann und das in ihre Wünsche und Praxen sinnvoll einbauen kann; dass aber in der suggestiven Rede der „Befreiung vom Überfluss“ Armut und Ausgrenzung, reale Ängste und Demütigung ausgeblendet werden. Zudem: So sehr Wachstum heute eben auch gesellschaftliche Instabilität generiert, so stark sind individuelle Lebensperspektiven großer Bevölkerungsteile damit verbunden.

Ein weiterer Aspekt ist m.E: wichtig: Auf dem Terrain der Degrowth-Debatte finden eher implizite als explizite Auseinandersetzungen darüber statt, an welche bestehenden Erfahrungen und Entwicklungen anzuknüpfen ist und wie gesamtgesellschaftliche Koordination aussehen kann. Die Vorschläge von Degrowth sind radikal und visionär, doch die Frage eines neuen Entwicklungsmodells bleibt weitgehend offen.

Eine zweite Ambivalenz besteht in der Ausblendung von Macht- und Herrschaftsfragen (Brand 2014). Politisch kann der Blick auf eigene alternative Praxen durchaus ermunternd wirken. Und dennoch spielen die strukturellen, zu verändernden Rahmenbedingungen eine Rolle: sozio-ökonomischer und politischer, sozial-struktureller und kultureller sowie subjektiver Art, aber auch die tief in die Gesellschaft eingelassenen dominanten Naturverständnisse und -verhältnisse. Die Orientierung an kapitalistisch getriebenem Wirtschaftswachstum ist konstitutiv für Eigentums- und Klassenverhältnisse und die damit einhergehenden Formen von Über- und Unterordnung, aber auch für die Geschlechter- und ethniserten Verhältnisse. Eine bestimmte Form der Politik, nämlich eine an Staat und Parteien ausgerichtete, welche sich stark an der Schaffung politisch angemessener kapitalistischer Wachstumskonstellationen orientiert, ist konstituiert durch soziale und sozial-ökologische Herrschaftsverhältnisse und konstituiert

diese. Zudem basiert kapitalistisch getriebenes Wachstum auf der Konkurrenz unterschiedlicher Sozialräume zueinander, die wiederum tendenziell unter Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung stärker konturiert werden.

Die meisten Menschen erkennen, weitgehend unfreiwillig und machtlos, als Lohnabhängige nicht nur die kapitalistische Wachstumsmaschinerie an, sondern eben die darunter liegenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse. Marx und Engels spitzten das folgendermaßen zu: „Die soziale Macht, d.h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft“ (Marx/Engels 1969: 34).

Gramsci hat vor diesem Hintergrund seine Hegemonietheorie ausgearbeitet. Die materiellen wie ideologischen Konsenselemente von Herrschaft werden durch den „Alltagsverstand“ (Gramsci GH 3: 372) stabilisiert, der eben zentrale Dimensionen sozialer Herrschaft als nicht hinterfragbar erscheinen lässt. Hegemonie in diesem Sinne ist eine umfassende materielle Praxis, „nämlich die täglichen Initiativen vieler einzelner und sozialer Gruppen, in denen sie in der Form einer aktiven Selbstunterwerfung unter die gemeinsam geteilten Gewohnheiten großer Kollektive die Zustimmung zu Herrschaft erkennen lassen“ (Demirovic 1997: 257).

Zudem gilt es aus hegemonietheoretischer Perspektive zu berücksichtigen, dass die sozialen Herrschaftsverhältnisse im Bewusstsein der solcher Herrschaft Unterworfenen nicht als solche wahrgenommen werden, sondern als stummer Zwang anonymer Verhältnisse, als kaum zu steuernde Prozesse von technischem Fortschritt und globalem Markt, von Produktivismus und Globalisierung. Die meisten Menschen verfügen über geringe Handlungsfähigkeit. Wichtige Handlungsantriebe sind neben der Einkommenssicherung am ehesten solche der Statussicherung (Welzer 2011), die wiederum die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen 2011a) absichern. Das ist die Basis kapitalistischer Kultur.

Drittens müsste aus einer herrschaftskritischen Degrowth-Perspektive das Problem der Landnahme (Dörre 2013) genauer gefasst werden: Kapitalistische Dynamik besteht darin, immer weitere Aspekte der Gesellschaft in marktfähige Waren zu verwandeln und darüber Macht und Herrschaft zu konstituieren. Das betrifft neben der Natur gerade die Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen in kapitalistischen Unternehmen oder solchen in öffentlichem Eigentum. In China und Indien wird das als Wirtschaftswunder gefeiert, ohne eben nach dem sozialen Gehalt und der enormen Wucht zu fragen, die für die Menschen „eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt“ ist. Doch auch dieser Aspekt, die Kommodifizierung von Arbeitskraft und Natur, wird in der Postwachstums-Debatte nicht systematisch behandelt. Entsprechend weist Klaus Dörre darauf hin, dass auch eine steady state-Ökonomie Kommodifizierungsprozesse vorantreiben wird, wenn sie kapitalistisch geprägt bleibt.

Damit verbunden ist der Aspekt, dass das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem systematisch blind ist gegenüber den Voraussetzungen und Folgen des Wirtschaftens. In der feministischen Diskussion wird davon ausgegangen, dass die kapitalistische Ökonomie eine Ökonomie der Trennung ist, weil die formellen Marktprozesse von ihren Voraussetzungen – nämlich der nicht-bezahlten Arbeit, insbesondere der Sorgearbeit, und den Elementen der Natur, die keine Waren sind – getrennt werden. Insofern ist Externalisierung ein „Prinzip“ (Biesecker/von Winterfeld 2014: 2-5), das entscheidend zum Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft beiträgt. Die kapitalistische Externalisierungsstruktur im Sinne einer „Entwertung des Abgespaltenen (unbezahlte sozial weibliche Arbeit und Leistungen der ökologischen Natur) ist die Grundlage für seine kostenlose bzw. kostengünstige Aneignung. Globalisierung des Kapitalismus bedeutet daher auch Globalisierung dieses Prinzips. Sie drückt sich in neuen, aktuellen Aneignungsprozessen aus, die mit neuen Grenzziehungen verbunden sind.“ (ebd.: 1) Wirtschaftswachstum ist zudem eng verbunden mit einem männlichen, rationalistischen und westlichen Entwicklungsverständnis, das zuvorderst und als Bestandteil patriarchaler Dominanzverhältnisse an der Beherrschung der Natur orientiert ist (von Winterfeld 2006).

Viertens: Das Thema (Erwerbs-)Arbeit bildet aber bislang keinen zentralen Bezugspunkt der Postwachstums-Diskussion (Reuter 2010; zur Bedeutung der Postwachstumsdebatte für die Arbeitssoziologie insgesamt vgl. Mahnkopf 2012). Das ist umso erstaunlicher, weil es sich ja um ein zentrales Moment von Vergesellschaftung und der damit einhergehenden Dynamiken und Probleme handelt. In Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise besitzt die überwiegende Mehrheit der Menschen keine Produktionsmittel, Ersparnisse, die vom Zwang zur Lohnarbeit befreien, oder Vermögen, sondern reproduziert sich durch Lohnarbeit, die die kapitalistischen Waren produziert. Dabei basiert die Reproduktion der Lohnarbeit und der Menschen selbst in ihren unterschiedlichen Lebensphasen quer durch alle Schichten nicht nur auf dem Lohn, sondern auch auf der oft von Frauen geleisteten Haus- und Pflegearbeit. Dies wiederum hängt an asymmetrischen Geschlechterverhältnissen, an gesellschaftlichen Bewertungen von „wertvoller“ und „nicht-wertvoller“ Arbeit (vgl. etwa Jochimsen/Knobloch 2006). Die Dynamiken der „Landnahme im Feld der Sorgearbeit“ (Dörre/Ehrlich/Haubner 2014) etwa müssten aus einer Degrowth-Perspektive stärker in den Blick genommen werden.

Auch politisch-strategisch ist die geringe Berücksichtigung von Arbeit in der Degrowth-Debatte verwunderlich. Zum einen werden die Lebens- und Beschäftigungsperspektiven zentral sein für die Realisierung anderer Formen des Wohlstands. Was bedeutet ein Umbau des Mobilitätssystems weg vom Automobil in Deutschland, vom Energiesystem weg von der Nuklearenergie in Japan und Frankreich? Zum anderen bedeutet Degrowth als Perspektive einer anderen Schaffung von Wohlstand in vielen Bereichen erstmal mehr Arbeit. Es wird ja – um eine Metapher von Dürr (2010) zu verwenden – auf „Energiesklaven“ verzichtet oder sie werden zumindest reduziert, etwa industrielle Inputs in der Landwirtschaft.

Offen ist bislang in der Debatte, welche Arbeitsformen und welche Sektoren eher gestärkt werden sollen. Ver.di-Ökonom Norbert Reuter plädiert für einen Ausbau der Dienstleistungssektoren, die

tendenziell umweltfreundlicher seien, geringere Produktivitätszuwächse verzeichnen würden und wo es in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Erziehung und Pflege in Deutschland Nachholbedarf gebe.

Meines Erachtens bietet sich gerade im Bereich von Arbeit, Arbeitsteilung, dem Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und anderen Formen der Arbeit ein Blick auf die je spezifischen Kräfteverhältnisse an. Konkrete Arbeit ist ein soziales Verhältnis, das tief in Formen betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaft, staatliche Politiken, Formen und Vorstellungen attraktiven Lebens und in die Subjektivitäten eingeschrieben ist. Die Reorganisation von Arbeit(steilung) hängt entsprechend eng mit der Umverteilung von Macht, Reichtum und Teilhabe sowie mit gesellschaftlicher und politischer Handlungsfähigkeit zusammen.

Die Berücksichtigung gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse würde auch sensibel dafür machen, dass ohne deren Veränderung eine nicht mehr wachsende Ökonomie zum Monopolkapitalismus hin tendiert. Exner (2014) argumentiert, dass die Demonetarisierung ökonomischer Prozesse – in der Degrowth-Debatte immer wieder als Strategie angeführt – nicht ausreichen wird ohne grundlegende Veränderung der sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse. Daher reicht die immer wieder vertretene Degrowth-Perspektive eines zu verändernden Ordnungsrahmens (Aufsätze in Seidl/Zahrnt 2010) wahrscheinlich nicht aus, um sich den intendierten Zielen anzunähern.

Schließlich: Degrowth ist eine Perspektive sich grundlegend verändernder Produktions- und Lebensverhältnisse, damit einhergehender Sozialstrukturen und Dispositive wie Vorstellungen eines guten Lebens. Präziser wäre zu formulieren: Bedingungen für ein gutes Leben, weil die Vorstellungen davon ja divers bleiben werden. Was sind jedoch die akzeptablen Korridore und wie werden sie gesellschaftlich vereinbart? Wie werden Bedürfnisse und die Formen ihrer Befriedigung ausgehandelt? Stefanie Graefe fragte bei einem Workshop in Jena: Wie wird mit Menschen und Gruppen umgegangen, die andere Vorstellungen haben und wie wird das Prinzip „Weniger ist mehr“ nicht repressiv? Wie wird mit der Spannung umgegangen, dass viel Lustvolles bei Bedürfnissen und ihrer Befriedigung darin besteht, sie nicht zu begründen (zu müssen)? Damit sind wir bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und bei demokratischen Strukturen und Prozessen. Auch in einer Gesellschaft, in der Prinzipien von Degrowth stärker werden, sollen zwar Zwang und Gewalt minimiert werden, es wird jedoch Spannungen, Machtverhältnisse und Konflikte geben, mit denen umgegangen werden muss. Diese Aspekte scheinen mir noch zu wenig thematisiert zu werden. Die Degrowth-Perspektive – auch das wurde auf den Workshops in Jena immer wieder diskutiert – könnte neben einer Repolitisierung spezifischer Machtverhältnisse auch zu einer Entpolitisierung anderer führen.

Exkurs: Degrowth als Perspektive im globalen Süden?

Bei der Leipziger Degrowth-Konferenz gab es mehrere Veranstaltungen, bei denen die Tragfähigkeit des Begriffs für Auseinandersetzungen und die Suche nach Alternativen in Gesellschaften des Globalen Südens diskutiert wurde. Die Antwort war ein mehr oder weniger deutliches Nein. Es wird zwar sehr explizit gesehen, dass die kapitalistischen Wachstumszwänge und die klassische Orientierung an

“Entwicklung” auch im Globalen Süden problematisch sind. Doch der Degrowth-Begriff kann Widerstand und Alternativen nicht begrifflich auf den Punkt bringen. Ashish Kothari brachte das auf den Punkt: “single terms don’t go around the world”.

Beatriz Rodríguez-Labajos von der Autonomen Universität Barcelona und dem internationalen Forschungsverbund EJOLT hat im Vorfeld der Konferenz eine Befragung durchgeführt mit ProjektpartnerInnen in Ecuador, Uruguay, Kenia, Nigeria und Südafrika (Rodríguez-Labajos et al. 2015).

Entlang von fünf Punkten wurden von den ProjektpartnerInnen genannte Aspekte in Leipzig referiert.

- **Degrowing is not an appealing idea in the South**
 - History / experience of poverty and scarcity
 - Against the basic principles of living and working hard
 - Growing is part of EJ agendas (healthy children, organic food crops, creativity ...)
 - ‘Voluntary’ degrowth, only through crises /urban elites, austerity is a “degrowth strategy for poor people”
- **Beyond detached terms, detached ideas/approaches**
 - Multiple meanings of ideas in multi-cultural, pluri-national countries (e.g. What does ‘time allocation’ mean for indigenous communities?)
 - Issues framed differently from how Southern groups organize and discuss the problems (e.g. EJOs concerned about strategies and tactics, not necessarily publically discussed)
 - Degrowth is too anthropogenic an approach
- **Communication (& dissemination) issues**
 - No mention of Degrowth among Southern groups - why is it not part of the debate around alternatives ?
 - Semantic controversies: denying the opponent actually legitimise it (e.g. South Africa and ‘non-white’)
 - Maybe other language is needed: redistribution; appropriate use of welfare
- **Eurocentric thinking (again!)**
 - Western/ high-income countries centred approach, individualistic
 - Aversion to standardising principles that undermine the flourishing of local initiatives
- **Not radical enough**
 - Degrowth proposals seems accommodating stances within the boundaries of the prevailing system (not shared perspective) Is degrowth anti-capitalist?
 - Why not to move the discourse towards Eco-socialism ... Re-commonalising ... Nature’s centred perspective ...

Präsentation einer vom Autor des Working Papers moderierten Diskussion bei der 4. Degrowth-Konferenz im September 2014 in Leipzig

Entsprechend empfiehlt Rodríguez-Labajos eine andere Terminologie und insbesondere angemessene Strategien und Taktiken, die an aktuelle Kämpfe und Praktiken anschließen.

Gudynas (2012b: 15) argumentiert ähnlich: „Die südamerikanischen Positionen stimmen (mit der Degrowth-Perspektive, ub) darin überein, auf die negativen Aspekte des Wachstums hinzuweisen, aber ihre Alternative besteht darin, den Begriff des Wachstums aus dem Zentrum der Entwicklungsdiskussion herauszunehmen. Ihre Sichtweise ist die des Nicht-Wachstums. Und tatsächlich stellt die Wachstumsrücknahme einiger Branchen in einigen heutzutage diskutierten Alternativmodellen nicht das Ziel dar, sondern ist als eine Folge der Suche nach gesellschaftlichen und umweltbezogenen Qualitätszielen zu verstehen.“

Diese Überlegung stellte auch Ashish Kothari, indischer Intellektueller und Mitbegründer der NGO Kalpavriksh, auf der Leipziger Konferenz an. Er argumentiert, dass Degrowth keine geeignete Strategie für Gesellschaften des globalen Südens ist. Vielmehr spielen die Debatten um Wohlstand/Wohlbefinden (*well-being*) eine wichtige Rolle. Er selbst schlägt den Begriff der *radical ecological democracy* vor (siehe unten). Den zeithistorischen Kontext spielen die jüngeren Entwicklungen in Indien: Das weltmarktindizierte Wachstum hat in Indien wenig formalisierte Arbeitsplätze geschaffen, aber über 100 Millionen Menschen in die informelle Ökonomie (Shrivastava/Kothari 2012) gedrängt. Es werden Infrastrukturen, große Industrieunternehmen und Einkaufszentren errichtet, „but over two thirds of Indians remain deprived of one or more basic needs: adequate nutritious food, clean water and air, appropriate shelter and sanitation, energy, opportunities for learning and good health, and productive livelihoods.“ (Kothari 2014a) Der Wachstumsfetisch mit seiner Annahme, dass damit Armut bekämpft werden könnte, sei mitverantwortlich für die enormen Probleme. In ökologischer Hinsicht zeige eine Studie der indischen Wirtschaftskammer von 2008, dass Indien bereits doppelt so viele Ressourcen verbraucht wie die Menge, über die das Land verfügt. Beide Dimensionen werden von einer Schätzung der Weltbank von 2013 zusammengeführt: Schätzungsweise 5,7 Prozent des Wirtschaftswachstums „is knocking off“ durch Umweltzerstörung, wobei vor allem die steigenden realen Ausgaben oder eigentlich notwendigen für Gesundheit aufgrund der Umweltzerstörung angeführt werden. Würden alle Umweltbelastungen in das BIP einberechnet, sei dieses wahrscheinlich negativ.

Durch die Fixierung auf Wirtschaftswachstum werden die vielen bestehenden Alternativen in Indien abgeschattet, wobei ihnen ein kohärenter Rahmen fehle: „What is important is to learn the essence of these initiatives and see if the values and principles emerging from them can suggest a cohesive framework that can challenge the currently dominant mindset and practice of growth-centred ‘developmentality’“ (Kothari 2014b). Kothari nennt diesen Rahmen „radical ecological democracy“ mit fünf Elementen: „ecological sustainability, social well-being and justice, direct democracy, economic democracy, knowledge commons“.

Auch der Begriff der Umweltgerechtigkeit könnte als Referenzpunkt für viele Auseinandersetzungen ausgemacht werden.

4. Post-Extraktivismus als neuer Begriff und Bedingung für Gutes Leben

In Lateinamerika gibt es viele Begriffe für grundlegende Alternativen. Degrowth, Postwachstum oder Wachstumsrücknahme gehören definitiv nicht dazu (vgl. Exkurs). Derzeit spielt insbesondere in den Andenländern der Begriff des Guten Lebens eine wichtige Rolle (Buen Vivir, buenos conviveres im ecuadorianischen Quichua *sumak kawsay*, im bolivianischen Aymara *suma qamaña*). Die Regierungsübernahme durch progressive Präsidenten in Bolivien (2005) und Ecuador (2006) ging einher mit der Ausarbeitung neuer Verfassungen, in denen u.a. plurinationale Staaten konstituiert, die Autonomie der indigenen Völker vergrößert und anerkannt und die Rechte der Natur in den Verfassungen verankert wurden. Das Gute Leben ist sogar in den Verfassungen Ecuadors von 2008 und Boliviens von 2009 als Staatsziel festgeschrieben (vgl. zu Begriff und Diskussion etwa Gudynas 2012a, Fatheuer 2011, Aufsätze in Lang/Mokrani 2013, Acosta et al. 2013, Schilling-Vacaflor 2010; Systematisierung der feministischen Diskussion durch Vega Ugalde 2014). Diese Diskussionen spielen in Ländern wie Brasilien keine Rolle. Am ehesten könnte in Brasilien der Begriff der Umweltgerechtigkeit die vielfältigen Widerstände und Alternativen charakterisieren. In vielfältigen konkreten Auseinandersetzungen geht es um Ernährungssouveränität, Recht auf Stadt, Citizenship und anderes, die jedoch zunehmend mit der regulativen Idee eines Guten Lebens verbunden werden. Doch ein anderes Konzept könnte verbindende Elemente schaffen, nämlich jener des Post-Extraktivismus. Es entsteht in einer doppelten Konstellation, nämlich der erfolgreichen Mobilisierungen gegen die neoliberalen Politiken, Wirtschaftsmodelle und Kräfteverhältnisse sowie der Kritik am Neo-Extraktivismus. Der Versuch, „Post-Extraktivismus“ zu konturieren und zu stärken, kann als Versuch verstanden werden, zum einen die Bedingungen für Ansätze des Guten Lebens überhaupt erst zu schaffen und zum anderen in die Auseinandersetzungen um den Begriff des Guten Lebens mit einer radikalen Position einzugreifen.

Die inhaltliche Spezifizierung des Begriffs des Guten Lebens ist deshalb notwendig, weil es sich um ein hochgradig umkämpftes politisches und epistemisches Terrain handelt (Gabbert 2012). Es ist nicht ausgemacht, dass die aktuellen Vorschläge des Buen Vivir in Lateinamerika mit einer Degrowth-Perspektive im Sinne von Dematerialisierung, Dekommodifizierung und Dezentralisierung einhergehen (so etwa Unceta 2014: 67-73, Acosta 2014; Moreno 2014: 265f. weist auf die Notwendigkeit einer De-Urbanisierung hin). So heißt der Nationale Entwicklungsplan Ecuadors auch *Plan del Buen Vivir*, der zwar die Abkehr vom Neo-Extraktivismus anstrebt, das in der Praxis aber nicht eingelöst wird.

KritikerInnen des Neo-Extraktivismus sehen in den oben dargestellten Entwicklungen des zeithistorischen Kontexts in Lateinamerika die Gefahr einer verstärkten Abhängigkeit der Region vom Weltmarkt, der wachsenden Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, die Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten dieser Wirtschaftsweise sowie einer zunehmenden Ignoranz der politischen EntscheidungsträgerInnen gegenüber sozialen und politischen (Minderheiten-)Rechten (vgl. u.a. Gudynas 2012a, Lander 2012, Svampa 2012; zur folgenden Darstellung ausführlich Brand/Dietz 2014). So wird in Bezug auf die unterschiedlichen Praktiken der Extraktion (Bergbau, agrarindustrielle Monokulturen, Kohle, Öl- und Gasförderung etc.) auf territoriale Transformationsprozesse hingewiesen, die in einer Neuordnung von Landschaften, sozialen Verhältnissen und Arbeitsbeziehungen sowie

räumlichen Fragmentierungen resultieren. Kennzeichen dieser Prozesse sind neue territoriale Grenzziehungen und Einhegungen (*enclosures*), die Herausbildung von Enklavenökonomien, die Verhängung exklusiver Nutzungsrechte, die Entdemokratisierung der Frage der Naturnutzung sowie umfassende ökologische Zerstörungen (Fairhead et al. 2012, Peluso u. Lund 2011, Svampa 2012, Unceta 2014). Entsprechend sind staatliche Steuer- und Umweltgesetzgebung sowie Förder- und Infrastrukturpolitiken an den extraktiven Aktivitäten ausgerichtet, die Beteiligung der Bevölkerung in den Bergbauregionen selbst ist jedoch in der Regel nicht vorgesehen (Svampa 2012: 56). In Bolivien und Ecuador gibt es jüngst neue Bergbaugesetze, die stark an den Interessen der Investoren ausgerichtet sind (zu Bolivien: Andreucci/Radhuber 2015, CEDLA 2014).

Die zu beobachtende Fortsetzung ressourcenintensiver Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen im globalen Norden und Süden könnte dem Neo-Extraktivismus immer mehr Attraktivität verleihen und somit einem Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell Vorschub leisten, das in dominanter Weise auf der Ausbeutung von Rohstoffen und der Aneignung der Rohstoffrenten basiert.

Kritik an und Widerstände gegen die neo-extraktivistischen Praktiken gibt es allerorten, insbesondere in den Extraktionsgebieten selbst, wenngleich sie häufig in anderen Regionen und auf nationaler Ebene ignoriert oder unterdrückt werden. In den letzten Jahren werden diese Kritiken und Widerstände zunehmend unter dem Begriff des Neo-Extraktivismus gebündelt. Es geht zuvorderst darum, die Umkämpftheit und Kosten des bestehenden Entwicklungsmodells sichtbar zu machen (vgl. Lang/Mokrani 2013). Allerdings handelt es sich nicht um klar konturierte Akteurskonstellationen oder Bündnisse.

Was sind nun Kernelemente des Begriffs Post-Extraktivismus?

Kritik an der kapitalistischen Moderne – Post-Kolonialismus: Im Kern steht die Perspektive – analog zur Einführung des in kritischer Absicht verwendeten Begriffes des (Neo-)Extraktivismus – nicht nur für eine Kritik der Prozesse der Rohstoffförderung und den damit einhergehenden sozio-ökonomischen, politischen und ökologischen Problemen an sich. Der Begriff Post-Extraktivismus nimmt in den Blick, dass es sich bei den aktuellen Prozessen um ein umfassendes *Entwicklungsmodell und -verständnis* handelt. Kritisiert werden der ungebrochene westliche Fortschrittsglaube der Moderne, das damit verbundene Wachstumsparadigma und ein Verständnis von Natur als auszubeutende Ressource, autoritäre und vertikale politische Herrschaftsmuster sowie die asymmetrische Weltmarktintegration. Denken und Handeln in der Kategorie „Entwicklung“ wird dahingehend kritisiert, dass das Entwicklungsdenken und die damit verbundenen Praktiken als herrschaftlich dechiffriert werden: Ein dualistisches Denken unterscheidet entwickelt und unterentwickelt, arm und reich, fortgeschritten und rückschrittlich, zivilisiert und weniger oder unzivilisiert, Zentrum und Peripherie. „Entwicklung“ wird teleologisch gedacht, d.h. hin auf ein vermeintlich klares Ziel, es negiert Alternativen, Träume und Kämpfe. Das sind Kategorien, um Herrschaft und Unterordnung zuzuweisen (Kößler 2014, Unceta 2009). Insofern weist der Begriff Überschneidungen mit jenem des Postdevelopment (Escobar 1995, Esteva 1995, Ziai 2014) auf. Es geht dabei nicht um die pauschale Ablehnung jeglicher Form der

gesellschaftlichen Rohstoffnutzung und -aneignung, sondern um den herrschaftlichen und Natur wie soziale lokal-regionale Strukturen zerstörenden Gehalt dieser Aneignung für den kapitalistischen Weltmarkt. Hiervon ausgehend wird in der lateinamerikanischen Debatte zwischen drei Formen des Extraktivismus unterschieden: einem derzeit dominierenden „plündernden“ (*depredador*) Extraktivismus, einem „behutsamen“ (*sensato*) mit gewissen ökologischen und sozialen Standards und einem für die gesellschaftliche Entwicklung „unverzichtbaren“ (*indispensable*) Extraktivismus, wobei die Kriterien der Unverzichtbarkeit selbst ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess sind (Gudynas 2011: 67-69). Im Grunde kann man bei der dritten Variante nicht mehr von Extraktivismus als Entwicklungsmodell sprechen, sondern eher von umsichtigen und gesellschaftspolitisch vereinbarten Formen der Rohstoffextraktion und -nutzung.

Damit verbunden sind Ansprüche an eine Dekolonisierung des Wissens und der Wissenssysteme, denn die europäische instrumentelle und imperiale Logik wird kritisiert und abgelehnt. Eine „Epistemologie des Südens“ (de Sousa Santos 2008) versucht aufzuzeigen, dass das westliche Denken implizit darauf beruht, große Teile der Welt als „unordentlich“, ausbeutbar und zu unterdrückend zu verstehen und in das eigene Denken zu integrieren. Eine „Ökologie des Wissens“ würde demgegenüber unterschiedliche Wissensformen als gleichberechtigt anerkennen und zum Bestandteil von Entkolonisierungsprozessen machen (in der Sprache der Science and Technology Studies: auf eine Ko-Produktion von Wissen abzielen; Jasanoff 2004).

Krisendiagnose: In der Post-Extraktivismus-Debatte wird meist davon ausgegangen, dass es sich aktuell um eine umfassende Zivilisationskrise handelt. Das geht deutlich über Diagnosen einer Wirtschafts- und Finanz- oder multiplen Krise hinaus. Allerdings ist diese Einschätzung weniger an die öffentlichen Debatten oder den Alltagsverstand anknüpfbar, da in Lateinamerika derzeit ein recht dynamisches Wachstumsmodell existiert. Umso wichtiger ist es, auf die enormen Implikationen des Neo-Extraktivismus hinzuweisen.

Erfahrung sozialer Mobilisierung: Im Gegensatz zur Diskussion in Europa um Degrowth oder Transformation gibt es insbesondere in den Andenländern Bolivien und Ecuador die Erfahrung, dass radikale Bewegungen zu linken Regierungen führten und der Staat auf eine neue Verfassungsgrundlage gestellt wurde. Das gesellschaftliche Selbstverständnis sieht durchaus umkämpfte Transformationserfahrungen und weitere -potenziale weg von neoliberal geprägten Gesellschaften und Kräfteverhältnissen. Die letzten 15 Jahre zeigten, dass soziale Mobilisierungen durchaus grundlegende Veränderungen ermöglichen. In gewisser Weise trifft das auch für Venezuela, Argentinien und Brasilien zu. Es geht explizit nicht um ein „Zurück“ oder eine Romantisierung indigen-kommunitärer Lebensformen, sondern um die Anerkennung multiplen Wissens und Erfahrungen. Der *ayllu* ist in Bolivien eine organisatorische und lebensweltliche Grundeinheit des Zusammenlebens der Indigenen, der auch für die Organisation von Widerstand und Alternativen zentral ist (Vega Camacho 2013). Die Tatsache, dass die progressiven Regierungen das neo-extraktivistische Wachstumsmodell ebenfalls vorantreiben, führt aktuell zu einem neuen Zyklus von Mobilisierungen (Colectivo Voces de Alerta 2011). Ikonisch ist der TIPNIS-Konflikt in Bolivien, die Proteste gegen das Staudammprojekt Belo

Monte in Nordostbrasilien oder die Auseinandersetzung um die beträchtliche Ausweitung einer Goldmine in Ecuador.

Territorialität: Mit dem von Svampa geprägten Begriff des *giro eco-territorial* (in etwa: öko-territoriale Neuausrichtung der Kämpfe) wird deutlich, dass es in Lateinamerika gegenwärtig zuvorderst um Kämpfe um Land und Territorien geht, damit einhergehend Auseinandersetzungen für mehr Autonomie und Selbstbestimmung, gegen sozialen Ausschluss, ökologische Zerstörung und die Inwertsetzung von Menschen und Natur. Zentrale Forderungen sind Moratorien auf Großprojekte und die Beteiligung der Betroffenen an geplanten Vorhaben. Dietz (2014: 21) führt den Gedanken weiter aus: „Ein geteilter Bezugspunkt kollektiven Handels in aktuellen sozialen Kämpfen in der Region ist häufig das ‘Territorium’ in einem weitgefassten Sinne. Territoriale Kämpfe drehen sich um die Frage, wer politische und ökonomische Macht im Raum ausübt, mit welchen Mitteln, wodurch legitimiert und verbunden mit welchen politischen Ordnungs- sowie sozialen und kulturellen Organisationsvorstellungen. Ländliche Gebiete, in denen Bergbauaktivitäten oder der Gensojaanbau ausgeweitet werden und in denen sich Landbesitz in den Händen weniger konzentriert, oder städtische (Armen-)Viertel, die ökonomisch aufgewertet und staatlich überwacht werden, sind nicht nur territoriale Verwaltungseinheiten eines übergeordneten politischen Gemeinwesens. Sie sind Räume, in denen um politische Selbstbestimmung, Partizipation und Anerkennung sowie um grundlegende soziale Rechte wie Zugang zu Land und Wasser oder Ernährungssouveränität gekämpft wird. Es ließe sich sagen, dass in aktuellen sozialen Kämpfen ‘ums Territorium’ in Lateinamerika eine andere gesellschaftliche und demokratische Praxis zur Disposition steht, denn es geht bei der Besetzung von Land mit dem Ziel der Zugangssicherung und der Umverteilung, bei der Blockade von Straßen mit dem Ziel, eine bergbauliche Erschließung zu verhindern, oder bei der Besetzung von Häusern mit dem Ziel der Wohnraumsicherung nicht nur um materielle Fragen, sondern auch um die Schaffung von Räumen, in denen Alternativen zur Entwicklung überhaupt erst entworfen werden können.“

Ziele eines neues Gesellschaftsmodells: Eine Transition zu einer post-extraktivistischen Wirtschaft würde in einer ersten Phase den „plündernden“ Extraktivismus überwinden hin zu einem „behaltsamen“ durch die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, moderne Technologien, Kompensationszahlungen für die betroffene Bevölkerung und anderes. Damit würde die wirtschaftliche Außenabhängigkeit reduziert und der Handlungsspielraum des Staates hinsichtlich alternativer Wirtschaftspolitik erhöht werden. Eine zweite Phase bestehe aus dem Übergang zu einem Wirtschaftsmodell, in dem die Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf ein Minimum reduziert wird. Das ginge einher mit der Anerkennung einer pluralen Ökonomie (inklusive solidarischer und kommunitärer Formen), Agrarreformen, angepassten Technologien, einem Umbau der bestehenden Steuer- und Subventionssysteme, einem grundlegenden Umbau der tendenziell autoritären Bildungssysteme und -verständnisse, in den Andenländern mit dem Ausbau der plurinationalen Staaten und intensiverer lateinamerikaweiter Kooperationen (vgl. Radialistas/Fundación Rosa Luxemburg 2013, 58ff.).

Die Stärkung alternativer, an Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit orientierter Lebensweisen muss politisch institutionell unterstützt werden und geht mit Lernprozessen einher. Zudem gebe es

keinen Masterplan, sondern Vorstellungen und Praktiken des Guten Lebens müssen kontextspezifisch und nicht-autoritär realisiert werden.

Im Unterschied zur europäischen Diskussion geht es kaum um Konsumfragen und individuelles Handeln, obwohl ab und an die alten und neuen urbanen Mittelklassen mit ihrer starken Konsumorientierung durchaus angesprochen werden. Alternative Lebensweisen werden jedoch gesellschaftlicher und kollektiver gedacht.

Verbindung ökonomischer, sozialer und ökologischer Fragen: Wie die Degrowth-Perspektive ist auch jene des Post-Extraktivismus eine breiter gesellschaftlicher Veränderungen. Degrowth ist stärker in der ökologischen Debatte verankert und anthropozentrischer (Escobar 2015). In beiden Diskussionen spielt der Begriff der Umweltgerechtigkeit (*environmental justice, justicia ambiental*) eine wichtige Rolle. Meines Erachtens hat die Post-Extraktivismus-Perspektive – auch hier den Erfahrungen in Lateinamerika entsprechend und am ehesten an feministische Sichtweisen in der Degrowth-Debatte anknüpfend – einen stärkeren Blick für die umfassenden Bedingungen und Formen sozialer Reproduktion (sozial im weiten Sinne, also auch ökonomischer und der Naturverhältnisse).

Andere Naturverständnisse, Naturverhältnisse, Rechte der Natur: Die lateinamerikanische Perspektive geht an einem Punkt über die Degrowth-Perspektive hinaus. Die kapitalistisch geprägten modernen gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit ihrer Dichotomisierung von Gesellschaft und Natur und der kaum hinterfragten Perspektive der Unterwerfung und Nutzung – tendenziell eben dramatischen Übernutzung bis hin zur Zerstörung - werden radikaler hinterfragt. Die *óptica mercantilista*, die Natur als Ware betrachtet und von den konkreten Naturqualitäten und ihren Reproduktionsbedingungen abstrahiert, wird als eurozentrische Perspektive kritisiert. Natur ist nicht der Gesellschaft äußerlich, manipulier- und zerlegbar, vielmehr geht es darum, „den Menschen als Teil des Lebensgeflechts neu zu verstehen“ (Gudynas 2012a: 26) und der außermenschlichen Natur einen eigenen Stellenwert zuzuweisen. Entsprechend wird Erfahrungen und Gefühlen ein höherer Stellenwert eingeräumt als in den Degrowth-Debatten (obwohl auch dort nicht völlig absent). Das hat mit wesentlich elaborierteren politischen Diskussionen, mit der Geschichte der Ressourcenausbeutung und mit den für viele Menschen direkt erlebbaren negativen Implikationen zu tun. In den Verfassungen Boliviens (Artikel 8, 306, 313) und Ecuadors (72, 73, 275) sind die Rechte der Natur festgeschrieben. Dabei handelt es sich um den Versuch, Rechte nicht Individuen und (im Fall kollektiver Rechte) Gruppen und Gesellschaften zu übertragen, sondern eben auch nicht-menschlichen Entitäten.

Kulturelle Identitäten: Der jüngste Zyklus sozialer Mobilisierungen in Lateinamerika ist kaum ohne die Jahre 1992 (500 Jahre des Beginns der Eroberung) und 1994 (Beginn des Aufstands der Zapatistas in Mexiko) zu verstehen. Daher haben Fragen der kulturellen Identität nach Jahrhunderten der (post-) kolonialen Ausbeutung, des Rassismus und patriarchaler Verhältnisse eine hohe Priorität. Insbesondere in den Andenländern haben sich, angestoßen durch breite indigene Protestmobilisierungen, Diskussionen um Interkulturalität entwickelt. Dem liberalen Begriff des Multikulturalismus wird entgegen gehalten, jener der Interkulturalität schließe „einen Dialog um Entwicklungsalternativen ein, die in der

Lage sind, die westliche Moderne zu überwinden und in dem sich alle Kulturen auf einem gleichberechtigten Niveau begegnen“ (Gudynas 2012b: 15).

Macht- und Herrschaftsverhältnisse: Beim Durchgang durch die Literatur zu Gutem Leben, Post-Extraktivismus oder Alternativen zum bestehenden Entwicklungsmodell allgemein wird deutlich, dass Macht und Herrschaft stärker thematisiert werden als in der Degrowth-Debatte. Das hat einen realhistorischen Hintergrund. Offene und strukturelle Gewalt, Ausschluss und Erniedrigung, aber auch die unterschiedlichen Machtverhältnisse sind ungleich deutlicher und erlebbarer als in vielen Teilen Europas.

Auf einem Kontinent, in dem die Verstädterung weit fortgeschritten ist und viele Menschen den Kontakt zum Land verloren haben, stellt sich die Frage, wie weit die skizzierten Ansätze, die stark aus indigenen Lebenserfahrungen und territorialen Konflikten kommen, tragen.

5. Gemeinsamkeiten

Es wurde bereits mehrfach auf die unterschiedlichen Kontexte der Begriffe und Debatten hingewiesen. In Lateinamerika gibt es einen tief verankerten Entwicklungsdiskurs, der wie selbstverständlich von notwendigem Wirtschaftswachstum ausgeht, und damit verbundene Praktiken. Die jüngere Kritik entwickelt sich nicht nur aus der Kritik am neoliberalen Kapitalismus, sondern auch und gerade an der Frustration mit der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der progressiven Regierungen, mit dem neo-extraktivistischen Entwicklungsmodell zu brechen. Deren Handlungsspielräume sind zwar strukturell begrenzt durch die Exportabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, fehlende Industrialisierung oder schwach entwickelte Landwirtschaft, dennoch wird der Handlungsspielraum einer eigenständigen progressiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik von vielen höher eingeschätzt als er gegenwärtig genutzt wird. Demgegenüber ist die momentane Konjunktur der Degrowth-Debatte vor allem in der aktuellen multiplen Krise zu verorten.

Gemeinsam sind beiden Perspektiven eine starke Kritik am neoliberalen Kapitalismus, der auf die immer stärkere Kommodifizierung sozialer Verhältnisse und von Naturelementen setzt. Die tief verankerten Vorstellungen und Praktiken von Fortschritt und Wachstum werden als zentrales Problem identifiziert. Beide bringen verschiedene Krisenelemente und Konfliktachsen zusammen und entwickeln eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Soziale Ungleichheit und die ökologischen Probleme bilden zentrale Kritikpunkte – so gibt es etwa Konsens, dass ein Großteil der bekannten Reserven an fossilen Energieträgern im Boden bleiben muss.

Beide Perspektiven agieren auf einem Terrain der Auseinandersetzung progressiver Kräfte (politisch links bzw. wissenschaftlich kritisch), auf dem es weiterhin starke Entwicklungs- und Wachstumsorientierungen gibt – inklusive grünes Wachstum, nachhaltiger Entwicklung, mit Verweisen auf Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen. Insofern intendieren beide Positionen, die häufig anzutreffende Verengung der progressiven wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte auf Verteilungsfragen zu politisieren. Es sind insofern Positionen gegen „falsche Alternativen“, gegen zu

realpolitische Perspektiven bzw. die Realität zu sehr als Faktum Akzeptierendes und schwierig zu Veränderndes. Andere Vorstellungswelten (*imaginaries, imaginarios*) und deren Entstehung sind zentral für Veränderungen.

Beide Perspektiven setzen auf soziale Kräfte, die überhaupt Willens sind, weitreichende Veränderungen sich vorzustellen und voranzutreiben. Dabei wird eine hohe Pluralität hinsichtlich der Ziele und Wege angenommen, weder ein Masterplan, noch eine einheitliche Strategie sind beabsichtigt. Strategien, Initiativen und Bündnisse sind kontextabhängig zu entwerfen – oder entstehen ganz praktisch - und zu verfolgen.

Es besteht vorderhand wenig Vertrauen in bestehende gesellschaftliche und politische Institutionen wie Staat, Markt oder Öffentlichkeit, ohne dass deren Bedeutung für Transformationsprozesse negiert wird. Insbesondere der Staat, in anderen progressiven Ansätzen als zentraler Veränderungsmotor gesehen, wird tief verbunden verstanden mit dem als problematisch erachteten Entwicklungsmodell (mehr dazu unten).

Die Postwachstums- wie auch die Post-Extraktivismus-Perspektive verweisen auf bestehende und zu schaffende Formen eines anderen Wohlstandsbegriffs, der auf politische Gestaltung, sozial-ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für die Menschen zielt: Die de-stabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen müssen verändert werden. Damit werden gesellschaftliche Bedingungen möglich, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können - und zwar in einem solidarischen sozialen Zusammenhang, der ja erst die Bedingung freier Persönlichkeitsentwicklung ist. Das Postulat der Degrowth-Perspektive von Stephan Lorenz (2014: 72) lässt sich umstandslos auf jene des Post-Extraktivismus beziehen: In der Diskussion wichtig seien „die Suchbewegungen nach alternativen Lebensentwürfen und neuen Wohlstandsmodellen, die sicher mit weniger Dingen auskommen, aber vor allem andere Beziehungen zu ihnen entwickeln. Das bloße Weniger ist hier keineswegs letzter Sinn und Zweck. ... in Neuen Überfluss- und Wohlstandskonzepten werden sich Arbeit und Konsum, Herstellen und Verwenden viel weniger auseinander dividieren lassen.“ (ähnlich Rosa 2013)

Schließlich: Bei aller Unterschiedlichkeit (siehe unten) sind beide Perspektiven scharfe Kritiken am herrschenden Wissen (Post-Extraktivismus) bzw. an den herrschenden Wissenschaften (Degrowth, insbesondere an der Neoklassik und hier der neoklassischen Umweltökonomik, aber auch am Keynesianismus).

6. Gegenseitige Anregungen

Dem Charakter eines Working Papers entsprechend, möchte ich im Folgenden Aspekte nennen, um möglicherweise die beiden Perspektiven stärker miteinander „ins Gespräch“ zu bringen und einige gegenseitige Anregungen skizzieren.

6.1 Post-Extraktivismus an Degrowth

Aus meiner Sicht betont die Post-Extraktivismus-Perspektive deutlicher als Degrowth die herrschaftlichen und zerstörerischen Mechanismen des (post-)kolonialen, patriarchalen und hierarchisierenden Kapitalismus. Die Erfahrungen des Weltmarkts und imperialer Politik, die Dynamiken der Kommodifizierung und Unterwerfung sind sehr präsent. In den lateinamerikanischen Diskussionen ist ungleich deutlicher, dass die bestehenden Probleme in Verbindung mit der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise gesehen werden müssen. Diese ist nicht nur ein Produktions- und Konsumsystem, sie ist auch ein System von Macht und Herrschaft – auch und gerade über die Natur. Von diesem grundlegenden Verständnis von Kapitalismus könnte die Degrowth-Perspektive profitieren.

Die Debatte „Alternativen zu Entwicklung“ als eine zentrale Rahmung der Post-Extraktivismus-Perspektive ist eine weitreichende Kritik am Entwicklungsdenken und den damit verbundenen Praktiken. Sie geht vom Globalen Süden aus „and thus hold a unique place within post-growth thinking, because their analysis takes into account poverty, inequality, and the environmental problems of Southern societies ... The development lens allows for an analysis of the expansion of the growth-based economy (including current extractive models) from the standpoint of the Global South, whose encounter with modern economic globalization has been most often mediated through development policy.“ (Hollender 2015: 74) Die Kritik am Neo-Extraktivismus ist eng mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden, mittels derer sich bestimmte Formen der Naturaneignung und Naturbeherrschung durchsetzen. Ich zitierte oben Schneider et al. (2010: 511), demzufolge Degrowth ein „voluntary, smooth and equitable transition to a regime of lower production and consumption“ sei. Entsprechend geht es häufig um konkrete Alternativen und Nischen. Die Post-Extraktivismus-Perspektive würde dem vor dem Hintergrund lateinamerikanischer Erfahrungen entgegenhalten, dass „voluntary and smooth“ die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Interessenstrukturen, tief verankerte Dispositive und entgegenstehende Interessen unterschätzen könnte. In Lateinamerika sind die Konflikte viel konturierter und entsprechend werden sie auch expliziter thematisiert. Wenn auch nicht oder kaum thematisiert: De facto ist auch die Degrowth-Perspektive ein Einsatzpunkt in gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse. Doch das müsste expliziter werden.

Entsprechend der wenig ausgeführten Herrschaftskritik bleibt auch die Perspektive der Emanzipation unterbelichtet (vgl. dazu jüngst Martin/Martin/Wissel 2015). Degrowth scheint eher ein Ansatz, um die Gesellschaften vor noch größerem Schaden oder Katastrophen zu warnen (Niko Paech 2013 spricht davon, dass es eigentlich nur noch um die „Gestaltung des Kollapses“ geht). Gleichwohl waren herrschaftskritisch-befreiende Perspektiven auf der Leipziger Degrowth-Konferenz durchaus präsent (entsprechende Ansatzpunkte bei Eversberg/Schmelzer 2015).

Wie oben ausgeführt, spielt das Territorium als komplexes soziales Gebilde eine stärkere, wenn nicht gar derzeit die zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen um Alternativen zum Neo-Extraktivismus.

Eine starke Anregung für die Degrowth-Debatte kommt m.E. aus der Kritik des westlichen, rationalistischen und dichotomisierenden Naturverständnisses und der entsprechenden

Naturverhältnisse. Eine solche Perspektive ist nicht neu für die europäische Diskussion (vgl. etwa für die soziale und politische Ökologie: von Winterfeld 2006, Görg 2003, Becker/Hummel/Jahn 2011, Haberl et al. 2011, Wissen 2011), aber bislang nicht stark in den Degrowth-Debatten. Man merkt, dass die wissenschaftliche Disziplin der ökologischen Ökonomik hier eine wichtige Rolle spielt, die zwar auf einer allgemeinen Ebene Wirtschaft eingebettet in Gesellschaft und beide eingebettet in Natur versteht, aber dennoch in der Regel implizit von einer Gegenüberstellung von Gesellschaft und Natur ausgeht. Die Diskussion um die Rechte der Natur kann und sollte im Bereich Degrowth stärker geführt werden.

Dies ist verbunden mit der hohen Sensibilität der Post-Extraktivismus-Perspektive für unterschiedliche Wissensformen und Rationalitäten, die sich auch in der Sprache verdichten, dem notwendigen Dialog dieser Wissensformen und die damit einhergehende Demokratisierung von Wissen. Dafür bedarf es der Räume für Erfahrungsaustausch. Hintergrund ist eine stärkere Erfahrung der Gemeinschaftlichkeit und Präsenz anderer Lebensformen (was nicht zu romantisieren ist). Die bolivianischen Wissenschaftler René Zavaleta und später Luis Tapia haben den Begriff der überlagerten Gesellschaftsformation (*sociedad abigarrada*) geprägt, um das Zusammenspiel unterschiedlicher Produktions- und Lebensweisen zu konzeptualisieren (vgl. Tapia 2012).

6.2 Degrowth an Post-Extraktivismus

Der Degrowth-Begriff als solcher ist, wie gesehen, wenig attraktiv in Gesellschaften des Globalen Südens. Es sind andere Begriffe wie Gutes Leben, ökologische Zivilisation in China, ubuntu („Menschlichkeit“, „Gemeinsinn“) in Afrika, swaraj („Selbstregierung“) bzw. radikale ökologische Demokratie in Indien oder Post-Development oder ggf. künftig Post-Extraktivismus.

Auch wenn ich oben argumentierte, dass die Degrowth-Perspektive zu wenig die konkreten Formen der Arbeit und Arbeitsteilung berücksichtigt, spielt das Thema insgesamt eine stärkere Rolle als in der Post-Extraktivismus-Debatte (dort eher in Form einer Kritik an der internationalen Arbeitsteilung). Das mag auch damit zusammenhängen, dass Letztere zum einen auf der Akteursebene eher auf Widerstandsbewegungen blickt und zum anderen stark vom Post-Development-Ansatz geprägt ist, der insbesondere gesellschaftliche Diskurse und unhinterfragte Selbstverständlichkeiten in den Blick nimmt.

Kaum thematisiert wird beim Post-Extraktivismus die sich auch unter der lateinamerikanischen Mittelklasse ausbreitende und offensichtlich attraktive imperiale Lebensweise, die eine Produktions- und Lebensweise ist, aber auch Subjektivitäten und Begehren einschließt. Das ist mehr als Konsumkritik, aber von ihr auch nicht loszulösen.¹⁶ Lessenich (2014) argumentiert, dass Subjektivierung und spezifische Formen des Akteurswissens die bestehenden und Probleme generierenden Wachstumsgesellschaften absichern. Der Begriff der „mental Infrastruktur“ von Welzer (siehe oben) verweist auf einen ähnlichen Sachverhalt.

¹⁶ Lorenz (2014: 46) kritisiert, dass die aktuelle wachstumskritische Debatte stark vom Konsum her denkt und Produktionsaspekte unterschätzt.

Die Arbeiten von Niko Paech (etwa 2013) setzen sich ausführlich mit dem Unternehmenssektor und Möglichkeiten alternativer Unternehmensorganisation auseinander. In der Post-Extraktivismus-Debatte wird zwar an die Postulate, Forderungen und Erfahrungen einer pluralen Ökonomie angeknüpft, doch das wird bislang kaum ausgeführt.

Eine letzte Anmerkung ist vielleicht weniger eine Anregung, möglicherweise aber hilfreich. Innerhalb der Degrowth-Debatte gibt es aus meiner Sicht wichtige Stimmen, die darauf insistieren, die erlangten „Modernequalitäten“ zu erhalten (Klein 2013, Sommer/Welzer 2014, Brie 2014). Das ist nicht dahingehend misszuverstehen, dass dem „an sich“ richtigen Lauf der Welt die „schlechten Seiten“ abgewöhnt werden und „die“ Moderne dann zu sich selbst kommt. Wir erleben und erleiden weiterhin die Dialektik der Aufklärung. Dennoch sollte eine Kritik der Moderne mit bestimmten und zu diskutierenden Errungenschaften – ich denke hier an nicht herrschaftliche Aspekte der Individualität, den entlastenden Funktionen gesellschaftlicher Organisation und Arbeitsteilung, gewissen Formen der Anonymität - sorgfältig umgehen.

7. Ausblick und offene Fragen

Begriffe existieren nicht losgelöst von gesellschaftlicher Realität, von Interessen und Machtverhältnissen. Sie sind Ausdruck gesellschaftlicher Praxis und leiten diese an. Sie benennen, d.h. sie machen bestimmte Sachverhalte sichtbar; und sie entnennen, machen also andere unsichtbar. Das betrifft auf der gesellschaftlichen Ebene zentral den kaum hinterfragbaren Wachstumsbegriff, in Lateinamerika wird dieser komplementiert bzw. mehr noch synonym gesetzt mit Entwicklung. Aus einer sehr allgemeinen Perspektive könnte konstatiert werden, dass die Degrowth-Debatte radikaler und realitätsgerechter wird, wenn Erfahrungen und Diskussionen in Gesellschaften des globalen Südens systematisch berücksichtigt werden.

Deutlich werden sollte in diesem Working Paper, dass die Perspektiven Degrowth und Post-Extraktivismus zwei Seiten einer globalen und welthistorisch jungen Medaille sind in den Auseinandersetzungen für solidarische Lebens- und Naturverhältnisse.

Das Potenzial einer gemeinsamen Verständigung könnte anstatt mit Termini wie Degrowth und Post-Extraktivismus eher über Begriffe wie Gutes Leben oder Wohlstand – eines anderen, emanzipatorischen und nachhaltigen Wohlstands – funktionieren. Wohlstand und Gutes Leben sind jedoch nicht einfach „da“ und etwa an materiellen oder sozial und ökologisch produzierten Gütern messbar, sondern es handelt sich dabei um komplexe soziale Verhältnisse, um erfülltes und herrschaftsarmes (Zusammen-)Leben, Freiheit und Glück, Wechselseitigkeit, Leben in einer lebenswerten sozialen und natürlichen Um- und Mitwelt (Gudynas 2012a: 13, Brand/Pühl/Thimmel 2013, Lorenz 2014). Es geht um die konkreten Formen, wie über (welt-)gesellschaftlich organisierte Versorgungssysteme solidarisch und für alle und von allen Menschen auskömmlich Ernährung und Wohnen, Kleidung, Mobilität und Kommunikation organisiert werden. Diese Verständnisse und

Praktiken wären Teil herrschaftsarmer Konstellationen mit dem breit akzeptierten Anspruch, bestehende Strukturen und Prozesse von Macht und Herrschaft aufzuspüren, zu kritisieren und zu verändern. Es handelt sich – mit Gramsci gesprochen – um überlegene moralische Auffassungen eines attraktiven Lebens, um – so Hans Thie bei einem Workshop in Anlehnung an Hegel – leise Aufklärung, derzufolge sich Maßstäbe dahingehend wandeln, dass morgen nicht mehr richtig ist, was heute dafür gehalten wird.

Abschließend sollen einige offene Fragen und weitere Anregungen formuliert werden.

Zum einen würden beide Perspektiven von einem expliziteren und kritischen Staats- und Politikbegriff profitieren (Jessop 2007). Häufig changiert die Bezugnahme auf den Staat einerseits als Instanz der Bearbeitung von Problemen (angetrieben von kritischen Debatten, Bewegungen, den Problemen selbst) und andererseits als Teil des Übels. Die kritische Staats- und Politiktheorie in der Tradition von Gramsci und Poulantzas, die den (westlichen wie post-kolonialen) Staat als umkämpftes soziales Verhältnis versteht und gleichzeitig als Instanz, die zuvorderst die herrschenden Verhältnisse stabilisiert, könnte hier zu Präzisierungen beitragen (Lessenich 2008 zum Aktivierenden Staat; postkoloniale Dimensionen etwa in Brand/Radhuber/Schilling-Vacaflor 2012, Jenss/Pimmer 2014, Tapia 2012). Dann stellen sich politisch-strategisch Fragen, wie emanzipatorische Errungenschaften gesellschaftlich abgesichert werden können und welche Rolle hier der Staat spielt.

Zweitens werden die internationale Dimension und insbesondere die Wirkung des Weltmarktes und der Geopolitik kaum betont. In der Post-Extraktivismus-Debatte ist der Weltmarkt präsenter, da der Gegenstand der Auseinandersetzung – das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell – hochgradig weltmarktvermittelt ist. Gleichwohl werden Alternativen in Lateinamerika kaum auf der Ebene der Weltwirtschaft und Weltpolitik, sondern allenfalls kontinental, meist aber in nationalstaatlichem Rahmen gedacht. Es fehlt, zugespitzt formuliert, eine Berücksichtigung der vielfältigen Erfahrungen und Diskussionen zum Thema Imperialismus.

Wenn auch die Degrowth-Perspektive den Denk- und Handlungsraum für tiefgreifende Veränderungen öffnen möchte, dann kommt sie um eine kritische politische Ökonomie und politische Ökologie der Globalisierung nicht herum. Das bedeutet konkret, die zu verändernden politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse – wie auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse – in einen globalen Kontext zu stellen und im Rahmen einer kritischen Theorie sozial-ökologischer Transformation zu untersuchen (vgl. etwa Brand 2014). Dazu bedarf es einer kritischen Theoretisierung, aber auch eines Dialoges der Wissensformen. Ich selbst argumentiere zuvorderst vor dem Erfahrungshintergrund des globalen Nordens, obwohl ich durchaus die Erfahrungen und Debatten in Lateinamerika berücksichtige.

Das kapitalistische Weltsystem und seine grundlegende Veränderung wäre nicht nur jeweils für Degrowth und Post-Extraktivismus wichtig, sondern gerade der zentrale gegenseitige und gemeinsame Bezugspunkt. Im Ressourcenboom und den damit verbundenen Interessen, in den Produktions- und Lebensweisen, in den räumlich und zeitliche Ungleichzeitigkeiten, den neu-alten „inneren und äußeren Landnahmen“ (Dörre 2013: 113f.) werden die kritisierten und zu verändernden Verhältnisse mehr oder

weniger krisenhaft stabilisiert. Es könnte offengelegt werden, dass eben nicht alle „gewinnen“ – weder im Globalen Norden, noch im Globalen Süden - bei Aufrechterhaltung oder gar Intensivierung der ressourcenintensiven Produktions- und Lebensweise. Damit sind wir bei kulturellen Fragen. Hollender (2015: 92) spitzt das folgendermaßen zu: „Perhaps the biggest challenge facing post-growth frameworks is the way that growth has become embedded in cultural norms, values, and behaviors.“ (ähnlich Acosta 2014; zu einer Kulturellen Politischen Ökonomie vgl. Sum/Jessop 2013) Kristina Dietz (2014) weist auf den Vorteil einer verflechtungsgeschichtlichen Perspektive von Wachstum und Ressourcenausbeutung im Globalen Norden und Globalen Süden hin: Entwicklung, Wachstum und Fortschritt sind demzufolge durchdrungen von Macht und Herrschaft, das betrifft auch die herrschaftlichen gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Wenn der Neo-Extraktivismus mehr ist als eine ökonomische Strategie, sondern als komplexes und hochgradig verflochtenes Modell verstanden wird; wenn er nicht nur abhängig von Natur ist und diese zerstört, sondern mannigfaltige soziale Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, Arbeit und Arbeitsteilung, politische Organisationsformen und staatliche Terrains, Subjektivitäten und gesellschaftliche Vorstellungen strukturiert, dann müsste eine Post-Extraktivismusstrategie darauf abzielen, „das aktuelle (Re-)Produktionsmodell und die dieses tragenden politischen Strukturen als Ganzes in Frage zu stellen. Mit Blick auf die breitenwirksamen Erfolge und die transnationale Verflechtung des Modells, ist das eine schwierige Aufgabe.“ (Dietz 2014: 19f.) Emanzipatorische Ansätze im Globalen Süden, die unter dem Begriff des Post-Extraktivismus gefasst werden könnten, bedürfen Veränderungen in Lateinamerika und des Globalen Nordens. „Post-Extraktivismus und Post-Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille; als solches sollten sie auch in den wachstumskritischen Diskussionen behandelt werden.“ (ebd.: 20)

Ein dritter Punkt, der auch auf der Konferenz in Leipzig aufgeworfen wurde, müsste m.E. expliziter diskutiert werden: Die Frage der Grenzen (*limits/limites*). Die Diskussion läuft ja zuvorderst im Hinblick auf ökologische bzw. planetarische Grenzen (prominent Rockström et al. 2009; vgl. auch Mahnkopf 2013) und wird in Begriffen wie peak oil versucht zu politisieren. Doch was geben uns die naturwissenschaftlich gewonnenen Erkenntnisse in biophysikalische Grenzen und mögliche Umschlagpunkte gesellschaftspolitisch vor? Wir sehen aktuell, dass die Entdeckung und Förderung von „unkonventionellem“ Gas und Öl alle Prognosen zu peak oil über den Haufen wirft. Das bedeutet nicht, dass es solche Grenzen nicht gibt (etwa Umschlagpunkte beim Klima), doch sie können Kritik und emanzipatorische Politik nur begrenzt anleiten. Zudem sind Grenzwerte wie das 2-Grad-Ziel beim Klimawandel eher politisch festgelegt als Folge wissenschaftlicher Einsicht (Geden/Beck 2014; grundlegend Dietz/Wissen 2009).

Oben argumentierte ich, dass die wachstumskritische Debatte Gefahr läuft, aus meiner Sicht zentrale Momente wirtschaftlichen, d.h. kapitalistischen Wachstums zu unterschätzen; nämlich ihren herrschaftlichen Gehalt. Das deutet sich in vielen Beiträgen mit Begriffen wie „Befreiung von Herrschaft“, „Gleichheit ist Glück“ oder den tief verankerten „mental Infrastrukturen“ an. Dafür bedarf es m.E. einer weiteren Präzisierung, was unter kapitalistischen Wachstum bzw. Kapitalismus überhaupt verstanden wird. Viele Beiträge bleiben hier unbestimmt und verstehen unter Wachstum die Zunahme

von materieller Produktion und Konsum, ohne nach deren Charakter als kapitalistische, patriarchale, rassifizierte oder postkoloniale soziale Verhältnisse zu fragen. Ähnliches gilt für die unterschiedlichen Ansätze im Themenfeld Post-Extraktivismus. Vom Ton deutlich kritischer, bleiben der Kapitalismusbegriff und die Verwobenheit unterschiedlicher sozialer Verhältnisse dennoch oft unterbestimmt.

Es liegen daher noch einige wissenschaftliche Herausforderungen vor uns, deren kollektive Bearbeitung dringend notwendig ist.

Literatur

- Acosta, Alberto (2014): Post-crecimiento y post-extractivismo: dos caras de la misma transformación cultural. In: Endara, Gustavo (Hg.): Post-crecimiento y Buen Vivir. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung, 95-124.
- Acosta, Alberto/Martínez, Esperanza/Sacher, William (2013): Salir del extractivismo: una condición para Sumak Kawsay. Propuestas sobre petróleo, minería y energía en Ecuador. In: Lang, Miriam/López, Claudia/Santillana, Alejandra (Hg.): Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del Siglo XXI. Quito: Abya Yala / Fundación Rosa Luxemburg, 307-380.
- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München: Oekom.
- Altwater, Elmar (1993): Der Preis des Wohlstands. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Andreucci, Diego/Radhuber, Isabella M. (2015): Does "post-neoliberalism" make a difference for the expansion of resource extractivism? The case of Bolivian mining. In: Geoforum (im Erscheinen).
- Atzmüller, Roland/Becker, Joachim/Brand, Ulrich/Oberndorfer, Lukas/Redak, Vanessa/Sablowski, Thomas (Hg., 2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept? In: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): European Financial Capitalism and the Politics of (De-)financialization. In: Competition & Change 17 (3), 283-298.
- Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/von Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Materialie M-17(26)23 der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestages.
- Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 02/2014, Jena.
- Boris, Dieter (2013): Im Labyrinth von »Post-Entwicklung« und »Buen Vivir«. In: LuXemburg 6(2), 116-119.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Brand, Ulrich (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. In: Prokla 175, 289–306.

- Brand, Ulrich (2015a): Sozial-ökologische Transformation als Horizont praktischer Kritik. Befreiung in Zeiten sich vertiefender imperialer Lebensweise. In: Martin, Dirk/Martin, Susanne/Wissel, Jens (Hg.): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 166-181.
- Brand, Ulrich (2015b): Lateinamerika in der Rohstoff-Falle. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar, 33-36.
- Brand, Ulrich (2016): How to get out of the multiple crisis? Towards a critical theory of social-ecological transformation. In: Environmental Values (im Erscheinen)
- Brand, Ulrich, Isabella Radhuber, und Almut Schilling-Vacaflor (Hg., 2012): Plurinationale Demokratie. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen in Bolivien. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex et al. (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, 78-93.
- Brand, Ulrich/Puhl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hg., 2013): Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013). Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen, in: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, 132–148.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2014): Financialisation of Nature as Crisis Strategy. In: Journal für Entwicklungspolitik 30(2), Special Issue on Financialisation of Food, Land, and Nature, 16-45.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48, 128-165.
- Breining, Lilli/Reckordt, Michael (2012): The Frenzy for Raw Materials – The Effects of Mining in the Philippines. Essen: Philippinenbüro.
- Brie, Michael (Hg., 2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Westfälisches Dampfboot: Münster.
- Bsirske, Frank (2012): Eurokrise – Fiskalpakt – sozialökologisches Umsteuern. Die Überlegungen der ver.di. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 06/2012, Jena.
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas/Oberndorfer, Lukas (2010): Postneoliberale Rechtsordnung? Suchprozesse in der Krise. Juridikum 4, 414-424.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions-und Lebensweise. Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise. In: Demirović, Alex et al. (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, 45–61

- CEDLA - Centre for Labour and Agricultural Development (2014): Ley Minera del MAS privatista y anti-indígena. Boletín de seguimiento a políticas públicas, 26.
- CEPAL (2011): Latin America and the Caribbean in the World Economy: A crisis generated in the centre and a recovery driven by the emerging economies. Santiago de Chile: CEPAL/United Nations.
- Colectivo Voces de Alerta (2011): 15 mitos y realidades de la minería transnacional en la Argentina. Buenos Aires: Colección Cascotazos/Editorial El Colectivo y Ediciones Herramienta.
- Correa, Rafael. 2012. Ecuador's Path. New Left Review 77: 89-104.
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/ Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg., 2011.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA.
- Dietz, Kristina (2014): Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik. In: Redaktionsgruppe Degrowth (Hg.): Mehr oder weniger. Wachstumskritik von links. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 18-21.
- Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: Prokla 159, 351–370
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus/ Lessenich, Stephan/ Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 21-86.
- Dörre, Klaus (2013): Landnahme. Triebkräfte, Wirkungen und Grenzen kapitalistischer Wachstumsdynamik. In: Maria Backhouse/Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andreas Nowak (Hg.): Die globale Einhegung - Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 112-140.
- Dörre, Klaus (2014): Grenzen der Verschuldung? Europa in der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise. In: Heimbucher, Martin/Krabbe, Alfred/Quilisch, Martin (Hg.): Wie auch wir vergeben unseren Schuldner ... Geld - Glaube - Zukunft. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 49-87.
- Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Haubner, Tine (2014): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Baden-Bade: Nomos, 107-124.
- Dürr, Hans-Peter (2010): Geist, Kosmos und Physik. Amerang: Crotona.
- Eichler, Lutz (2013): Wo werden nicht-ökonomische Wachstumszwänge kultiviert? Manuskript zum Workshop „Wachstumszwänge“ des DFG-Forschungskollegs Postwachstumsgesellschaften am 30./31. Mai 2013 an der Universität Jena.
- Endara, Gustavo (Hg., 2014): Post-Crecimiento y Buen Vivir. Propuestas globales para la construcción de sociedades equitativas y sustentables. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Enquete-Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Drucksache 13/300. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.

- Escobar, Arturo (2015): Degrowth, Postdevelopment and Transitions: A Preliminary Conversation. Manuscript.
- Esteva, Gustavo (1995): FIESTA - jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2015): Degrowth: Kapitalismuskritik muss praktisch werden! Grundkonsens und Differenzen einer entstehenden Bewegung. Manuskript, Juni.
- Exner, Andreas (2014): Degrowth and Demonetization: On the Limits of a Non-Capitalist Market Economy. In: Capitalism Nature Socialism 25(3), 9-27.
- Fairhead, James/Leach, Melissa/Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: a new appropriation of nature? In: Journal of Peasant Studies 39, 237-261.
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen vivir – Recht auf gutes Leben. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Fraser, Alastair/Larmer, Miles (Hg., 2010): Zambia, Mining and Neoliberalism: Boom and Bust on the Globalized Copperbelt. London: Palgrave Macmillan.
- Gabbert, Karin (2012): Das Gute Leben ist in aller Munde. Einleitung zu: Gudynas, Eduardo: Buen Vivir. Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Galeano, Eduardo (1971): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents. Wuppertal: Peter Hammer.
- Geden, Oliver/Beck, Silke (2014): Renegotiating the global climate stabilization target. In: Nature Climate Change 4, 747–748 .
- Görg, Christoph (2003). Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gudynas, Eduardo (2011): Alcances y contenidos de las transiciones al post-extractivismo. Ecuador Debate: 61-79.
- Gudynas, Eduardo (2012a): Buen Vivir. Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Gudynas, Eduardo (2012b): Worte sind nicht neutral. Ein lateinamerikanischer Blick auf die Diskussion um „Wachstumsrücknahme“. In: Südlink 159 (März), 14-15.
- Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Band 3. Hamburg: Argument.
- Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Martinez-Alier, Juan/Winiwarter, Verena (2011): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation. In: Sustainable Development 19 (1): 1-14.
- Haug, Frigga (2010): Krise. In: Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga/Jehle, Peter (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 7/II. Hamburg.
- Hollender, Rebecca (2015): Post-Growth in the Global South. The Emergence of Alternatives to Development in Latin America. In: Socialism and Democracy 29(1), 73-101.
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München: Oekom.

- Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard/Schmidt, Lukas (2014): Alles Extraktivismus in Südamerika? In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 30 (3), 9-26.
- Jasanoff, Sheila (Hg., 2004): States of knowledge. The coproduction of science and social order. London: Routledge.
- Jenss, Alke/Pimmer, Stefan (Hg., 2014): Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jessop, Bob (2007): State Power: A Strategic-Relational Approach. Cambridge: Polity.
- Jochimsen, Maren A./Knobloch, Ulrike (Hg., 2006): Lebensweltökonomie in Zeiten ökonomischer Globalisierung. Bielefeld: Kleine Verlag.
- Kallis, Giorgos (2011): In defence of degrowth. In: Ecological Economics 70(5), 873-880.
- Kaufmann, Stefan/Müller, Tazio (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin: Dietz.
- Kößler, Reinhart (2014): Entwicklung: Zur Genealogie einer toten Metapher und den Folgen. In: Politische Vierteljahresschrift, Schwerpunktheft 48/2014 zu Entwicklungstheorien, Baden-Baden, 435-463.
- Kothari, Ashish (2014a): Radical ecological democracy: A path for India and beyond. In: Development, 57(1): 36-45.
- Kothari, Ashish (2014b) Kothari, Ashish (2014): Degrowth and Radical Ecological Democracy: A View from the South, Beitrag auf: <http://blog.postwachstum.de/degrowth-and-radical-ecological-democracy-a-view-from-the-south-20140627>
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.
- Konecny, Martin (2012): Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien. In: Prokla 03/2012, 377-394.
- Lander, Edgardo (2012): The State in the Current Processes of Change in Latin America: Complementary and Conflicting Transformation Projects in Heterogeneous Societies. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 28 (3): 74-94.
- Lander, Edgardo/Arze, Carlos/ Gómez, Javier/ Ospina, Pablo/ Álvarez, Víctor (2013): Promesas en su laberinto. Cambios y continuidades en los gobiernos progresistas de América Latina. Quito/ La Paz/ Caracas: Instituto de Estudios Ecuatorianos IEE, Centro de Estudios para el Desarrollo Laboral y Agrario CEDLA, Centro Internacional Miranda CIM.
- Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hg., 2013): Beyond Development. Alternative Visions from Latin America. Amsterdam/ Quito: Transnational Institute/ Rosa Luxemburg Foundation.
- Latouche, Serge (2010): Degrowth. In: Journal of Cleaner Production 18(6), 519-522.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript.

- Lessenich, Stephan (2014): Akteurszwang und Systemwissen. Das Elend der Wachstumsgesellschaft. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 3/2014, Jena.
- Lorenz, Stephan (2014): Mehr oder weniger? Zur Soziologie ökologischer Wachstumskritik und nachhaltiger Entwicklung. Bielefeld: Transcript.
- Mahnkopf, Birgit (2012): Kapitalismuskritik als Wachstumskritik. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Frankfurt/Main, 389-409
- Mahnkopf, Birgit (2013): Peak Everything – Peak Capitalism? Folgen der sozial-ökologischen Krise für die Dynamik des historischen Kapitalismus. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, 02/2013, Jena.
- Markantonatou, Maria (2013): From The Limits to Growth to “Degrowth”: Discourses of Critique of Growth in the Crises of the 1970s and 2008, Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, 05/2013, Jena.
- Martin, Dirk/Martin, Susanne/Wissel, Jens (Hg., 2015): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie. Münster: Westfälisches Dampfboot,
- Marx, Karl (1983, 1857/58): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 42. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969, 1845/46): Die Deutsche Ideologie. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 3. Berlin: Dietz.
- Marterbauer, Markus/Oberndorfer Lukas (2014): Die Verselbständigung neoliberaler Wirtschaftspolitik in der EU. Von einem sozial-ökologischen Umbruch, der ansteht, aber nicht eintritt. In: infobrief eu & international 04/2014, Wien.
- Martínez Alier, Joan/Pascual, Unai/Vivien, Franck-Dominique/Zaccai, Edwin (2010): Sustainable de-growth. In: Ecological Economics 69 (9), 1741-1747.
- Meschkat, Klaus (2013): »Buen Vivir« als partizipativer Gegenentwurf. In: LuXemburg 6(2): 120-125.
- Mitchell, Timothy (2009): Carbon Democracy. In: Economy and Society 38 (3): 399-432.
- Moreno, Camila (2014): Des-desarrollo como antesala para el buen vivir: repensar la civilización del occidente. In: Endara, Gustavo (Hg.): Post-crecimiento y Buen Vivir. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung, 257-274.
- Müller, Michael/Strasser, Johanno (2011): Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle. Berlin: Vorwärts.
- Muraca, Barbara (2013a): Décroissance: A Project for a Radical Transformation of Society. In: Environmental Values 22 (2), 147-169.
- Muraca (2013b): Wirtschaft im Dienst des (guten) Lebens: Von Georgescu-Roegens Bioökonomik zur Décroissance. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, 06/2013, Jena.

- Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.
- Oberndorfer, Lukas (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik? In: infobrief eu & international 01/2013, Wien.
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. München: Oekom.
- Paech, Niko (2014): Postwachstumsökonomie als Abkehr von der organisierten Verantwortungslosigkeit des Industriesystems. In: Pfaller, Robert/Kufeld, Klaus (Hg.): Arkadien oder Dschungelcamp. Leben im Einklang oder Kampf mit der Natur. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, 217-247.
- Peluso, Nancy Lee, und Christian Lund (2011): New frontiers of land control. In: Journal of Peasant Studies 38: 667-681.
- Peters, Stefan (2014): Post-crecimiento y buen vivir: Discursos políticos alternativos o alternativas políticas? In: Endara, Gustavo (Hg.): Post-crecimiento y Buen Vivir. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung, 125-164.
- Pichler, Melanie (2015): Legal Dispossession: State Strategies and Selectivities in the Expansion of Indonesian Palm Oil and Agrofuel Production. In: Development and Change 46(3): 508–533.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- Prebisch, Raúl (1950): The Economic Development of Latin America and its Principal Problems. New York: United Nations.
- Reuter, Norbert (2010): Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelinka (Hg.): Postwachstum. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metroplis, 85-102.
- Reuter, Norbert (2014): Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften. In: WSI-Mitteilungen 07/2014, 555-559.
- Rockström, Johan (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature 461, 472-475.
- Rodríguez-Labajos, Beatriz/Bond, Patrick/Grey, Lucie/Munguti, Serah/Ojo Godwin/Overbeek Winnie/Yáñez, Ivonne (2015): Environmental Justice in the South and Degrowth. Are there really bases for an alliance? (under preparation).
- Rosa, Hartmut (2012). Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2013): Was brauchen Menschen? Vom Schweigen der Welt und von der Sehnsucht nach Resonanz. In: Lechner, Silke/Ueberschär, Ellen (Hg.): Vom rechten Maß in Wirtschaft, Gesellschaft und Religion. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 48-67.
- Salleh, Ariel (2013): The Idea of Earth System Governance. Unifying tool? Or hegemony for a new capitalist Landnahme? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, 10/2013, Jena.
- Sander, Hendrik (2015): Die deutsche Energiepolitik nach Fukushima. Das Potenzial eines grünen Kapitalismus in der multiplen Krise. Dissertation eingereicht am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel.

- Schilling-Vacaflor, Almut (2010) *Recht als umkämpftes Terrain. Die neue Verfassung und indigene Völker in Bolivien*. Baden Baden: Nomos.
- Schmelzer, Mathias/Passadakis, Alexis (2011): *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*. Hamburg: VSA.
- Schneider, Francois/Kallis, Giorgos/Martinez Alier, Joan (2010): *Crisis or Opportunity? Economic Degrowth for Social Equity and Ecological Sustainability*. In: *Journal of Cleaner Production* 18(6), 511–518.
- Shrivastava, Aseem/Kothari, Ashish (2012): *Churning the Earth: The Making of Global India*. Delhi: Viking/Penguin Books.
- Singer, Hans W. (1950): *Gains and Losses from Trade and Investment in Under- Developed Countries*. In: *American Economic Review* 40, 473-485.
- de Sousa Santos, Boaventura (2008): *Denken jenseits des Abgrunds. Von globalen Grenzlinien zu einer Ökologie von Wissensformen*, in: Lindner, Urs/Nowak, Jörg/ Paust-Lassen, Pia (Hg.): *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit*, Münster.
- Steurer, Reinhard (2010): *Die Wachstumskontroverse als Endlosschleife*. In: *Wirtschaftspolitische Blätter* 4, 423-435.
- Stützle, Ingo (2013): *Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise*. Münster.
- Sum, Ngai-Ling/Bob Jessop (2013). *Towards a Cultural Political Economy: Bringing Culture Back into Economics*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Svampa, Maristella (2012): *Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development*. In: *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)* 28: 43-73.
- Tapia Mealla, Luis (2012): *Der Staat unter den Bedingungen gesellschaftlicher Überlagerungen. Post-koloniale Anregungen für die politische Theorie*. In: Brand,Ulrich/Radhuber, Isabella/Schilling-Vacaflor, Almut (Hg.): *Plurinationale Demokratie. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen in Bolivien*. Münster, 282-305.
- Thie, Hans (2013): *Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*. Hamburg: VSA.
- Thie, Hans (2014): *Im Club der Visionäre*. In: *Der Freitag*, 04.09.2014.
- Tricarico Antonio/Löschmann, Heike (2012): *Finanzialisierung – ein Hebel zur Einhegung der Commons*. In: Helfrich Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript, 184-195.
- Unceta, Koldo (2009): *Desarrollo, Subdesarrollo, maldesarrollo y postdesarrollo. Una mirada Transdisciplinar sobre el debate y sus implicaciones*. In: *Carta Latinoamericana, Contribuciones en Desarrollo y Sociedad en América Latina No.7*. Montevideo: CLAES, 1-34.
- Unceta, Koldo (2014): *Post-crecimiento y desmercantilización: propuestas para el buen vivir*. In: Endara, Gustavo (Hg.): *Post-crecimiento y Buen Vivir*. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung, 61-94.

- Vega Camacho, Oscar (2012): Paths for Good Living: The Bolivian Constitutional Process. *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)* 28: 95-117.
- Vega Ugalde, Silvia (2014): Sumak kawsay, feminismos y post-crecimiento: articulaciones para imaginar utopías. In: Endara, Gustavo (Hg.): *Post-crecimiento y Buen Vivir*. Quito: Friedrich-Ebert-Stiftung, 355-374.
- von Winterfeld, Uta (2006): *Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit*. München: Oekom.
- WBGU- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- Welzer, Harald (2011): *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Welzer, Harald/Sommer, Bernd (2014): *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. München. Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück*. Berlin.
- Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hg., 2013): *Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen: Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte*. Hamburg: VSA.
- Zeller, Christian (2010): Die Natur als Anlagefeld des Finanzkapitals. In: Schmieder, Falko (Hg.): *Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie heute*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 103-135.
- Ziai, Aram (2014): Post-Development Ansätze: Konsequenzen für die Entwicklungstheorie. In: *Politische Vierteljahresschrift, Schwerpunktheft 48/2014 zu Entwicklungstheorien*. Baden-Baden, 405-434.